

1934 - 1945

Der KÄMPFER

SOZIALISTISCHE

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS



Nr. 1—3

1 Schilling

Arbeiter=Zeitung

Organ der österreichischen Sozialdemokratie.
Erscheint wöchentlich.

50 Heller.

12. FEBRUAR 1959

10 Groschen.

Aus der 1. Nummer der illegalen „Arbeiter-Zeitung“ vom 25. Februar 1934.

Der Feind hat uns nur die Wahl gelassen zwischen schimpflicher Kapitulation und einem Verzweiflungskampf unter ungleichen Bedingungen. Die Schutzbündler haben den Verzweiflungskampf vorgezogen. Wenn der Faschismus in Deutschland und in Italien kampfflos die Arbeiter niederwerfen und entrechten konnte, so haben die österreichischen Schutzbündler gezeigt, wie sich freiheitsliebende Arbeiter wehren, wenn man sie versklaven will: den Arbeitern der ganzen Welt ein Vorbild, der Reaktion der ganzen Welt eine Drohung. Sie haben die revolutionäre Ehre des internationalen Sozialismus gerettet. Die Arbeiter und Sozialisten der ganzen Welt sind stolz auf die Heldentaten der österreichischen Schutzbündler.

Dollfuß hat gesiegt. Aber er ist ein armseliger Sieger!
Im Lager des Austrofaschismus bestehen die schärfsten Gegensätze. Schon ist der Kampf um die Beute zwischen Dollfuß und Fey, zwischen den Christlichsozialen und den Heimwehren im Gang. Sie werden nicht lang zusammenhalten!
Beide aber sind von den Nazi bedroht. Die Nazi nützen den gerechten Volkshaß gegen die Mörderregierung für ihre Zwecke aus. Morgen kann der Austrofaschismus von den Nazis schwer bedroht sein!

Lasset Euch nicht aus Haß gegen Fey und Dollfuß von den Nazi einfangen!
Hitler ist der Todfeind der deutschen Arbeiter und darum auch unser Todfeind. Eine Nazihererrschaft in Österreich könnte dauerhafter, innerlich fester und darum gefährlicher sein als die Diktatur des blutigen Palawatsch des Austrofaschismus. Die österreichischen Arbeiter dürfen unter keinen faschistischen Einfluß kommen — weder unter austro- noch unter nazifaschistischen. Sie waren, sind und bleiben Sozialdemokraten! Sie bleiben es jetzt erst recht!

Die Herzen hoch! Die Fahnen hoch!
Wir haben eine Schlacht verloren; wir werden den Krieg gewinnen!
Im Andenken unserer Helden vorwärts zum neuen Kampf!
Die österreichische Sozialdemokratie war, ist und wird sein!
Sie töten den Geist nicht, ihr Brüder!
Es lebe der internationale Revolutionäre Sozialismus!
Freiheit!

IM ANDENKEN UNSERER HELDEN VORWÄRTS ZU NEUEM KAMPF!

Gedenktag des Freiheitskampfes

Fünfundzwanzig Jahre sind eine lange Zeit. Eine ganze Generation ist herangewachsen, der man erst sagen muß, was der Februar 1934 war. Aber man soll es ihr sagen: den jungen Arbeitern, den jungen Sozialisten von heute, und erst recht dem Nachwuchs jener, die damals gegen uns waren oder die schon damals von nichts wissen wollten.

Der Februar 1934 war ein Aufstand der österreichischen Arbeiter, hervorgerufen durch einen Staatsstreich der damaligen Regierung unter Führung der damaligen Christlichsozialen Partei des damaligen Bundeskanzlers Dollfuß — der allerdings im Verlauf eines Jahres seine eigene Partei aufgelöst und durch eine faschistische Einheitspartei, die sogenannte Vaterländische Front, ersetzt hatte. Das Parlament war beseitigt, die Pressezensur eingeführt, die demokratische Verfassung Stück für Stück liquidiert, die Rechte der Staatsbürger, der Bundesländer — insbesondere des „roten“ Bundeslandes Wien — und vor allem die Rechte der Arbeiterschaft waren, eines nach dem anderen, verneint, mißachtet und zerstört worden. Die Garanten des demokratischen Rechtsstaates nach der Verfassung: der Bundespräsident und der Verfassungsgerichtshof hatten versagt oder waren umgangen und ausgeschaltet worden. Fast ein Jahr lang — vom März 1933 bis Februar 1934 — hatten die Arbeiter mit steigender Wut und wachsender Verzweiflung diesem Treiben zugesehen, von ihrer Partei, von ihren Führern zurückgehalten und zur „Verantwortung vor den Müttern des Landes“ ermahnt. Erst als der Rechtsraub, der Freiheitsraub, die Gewalt schon übermächtig geworden waren, als es schon fast zu spät war, schlugen sie verzweifelt los. Am 12. Februar 1934 begann in Linz und gleich darauf in Wien der blutige Bürgerkrieg.

Auf der Seite der Arbeiter, der Sozialdemokraten, die für die Freiheit und die demokratische Verfassung kämpften, stand das Recht. Auf der Seite der Regierung stand die antidemokratische Entwicklung in einem großen Teil Europas, stand die bewaffnete Macht, die Gewalt. Mit Kanonen, Standgerichten und Galgen wurden die Arbeiter, die Freiheitskämpfer niedergeworfen. Die Verfassung wurde suspendiert, die Sozialdemokratische Partei, die Gewerkschaften, ihre Presse und die gesamten übrigen Arbeiterorganisationen verboten. Österreich versank in der Nacht eines „autoritären“ Regimes. Die Sozialisten gingen in die Illegalität.

*

Durch das Dunkel der nun kommenden Jahre aber leuchtete, weit in die Welt hinaus,

der Flammenschein des österreichischen Februarkampfes. Er war, wir sagten es schon, historisch eine Episode in der europäischen Entwicklung: Österreich lag damals zwischen dem von Hitler unterworfenen Deutschland, Mussolinis faschistischen Italien und dem reaktionären Horthy-Ungarn. Hitlers Machtergreifung in Deutschland hatte unmittelbar zu Dollfuß' ersten Staatsstreichdekreten (vom 7. März 1933) geführt, deren Vorwand es war, Österreich gegen den Ansturm des Nationalsozialismus zu schützen. Mussolini hatte, wie wir heute wissen, der österreichischen Regierung direkt befohlen, mit den österreichischen Sozialdemokraten aufzuräumen, und ihr dafür seine Unterstützung gegen Deutschland in Aussicht gestellt — welches Versprechen er prompt verriet: Er verkaufte Österreich an Hitler, als er dessen Duldung für sein kriegerisches Abessinienabenteuer brauchte. Bei all diesem Geschehen aber, mit dem der Faschismus seine Eroberung halb Europas einleitete, war er nirgends auf direkten, bewaffneten Widerstand der Demokratie und ihrer Verfechter gestoßen.

Österreichs sozialistische Arbeiter waren die ersten in der Welt, die die Waffen für die Freiheit erhoben. Das ist ihr unvergänglicher Ruhm: der Opfertod der Gefallenen und Gehenkten

Eine Botschaft des Vizekanzlers Dr. Pittermann zu den Februarfeiern

Genosse Dr. Pittermann übermittelte aus New York telegraphisch folgende Botschaft:

Durch den für diesen Zeitpunkt angesetzten Besuch bei der Regierung der Vereinigten Staaten an der Teilnahme verhindert, verneige ich mich bei unserer Gedenkfeier mit euch vor den heldenhaften Kämpfern für Freiheit und Recht der österreichischen Arbeiterbewegung.

Ihr Opfer verpflichtet uns, den Bürgerfrieden in Österreich zu erhalten. Ihr Beispiel mahnt uns zur Wachsamkeit gegenüber allen, die die Demokratie nur benutzen wollen, um sie zu beseitigen.

des österreichischen Februarkampfes strahlte durch die Welt, durch die Weltgeschichte.

Und auch was weiter in Österreich geschah hatte weltgeschichtliche Bedeutung. Dollfuß hatte, wenn wir von seinen persönlichen Eigenschaften und Irrtümern absehen, die ihn zum Diktator, zum „Millimetternich“ werden ließen, durch seine Diktatur Österreich gegen den Ansturm der Nazi verteidigen wollen. Er bewirkte das gerade Gegenteil. Er selbst wurde bei dem ersten Putschversuch der Nazi im Juli 1934 ermordet. Er hinterließ seinem Nachfolger Schuschnigg die unmögliche Aufgabe, ein Land zu verteidigen, dessen Bevölkerung in ihrer überwältigenden Mehrheit gegen das Regime stand: einen stärkeren Faschismus durch einen schwachen und schäbigen abzuwehren, der sich die österreichischen Arbeiter zu Todfeinden gemacht hatte. So führten die Februartage 1934, die die Republik Österreich um ihre demokratische Verfassung und um deren entschlossenste Verteidiger brachten, direkt zu den Märztagen 1938, in denen Hitler Österreichs Freiheit und Unabhängigkeit, ja den Staat selbst vollends auslöschte. Der Februar 1934 öffnete Hitler den Weg nach Wien — und damit den Weg in den Weltkrieg.

Die Geschichte hat es erwiesen: Als in Österreich die Freiheit und die freie Arbeiterbewegung vernichtet waren, war alsbald das Land verloren. Und es kostete furchtbar viel Leid und Blut und Tränen und Mühsal, es kostete mehr als ein Jahrzehnt, die Republik Österreich, die für die Freiheit in der ganzen Welt nötig ist, wiederzuerrichten. Das ist die Bedeutung der Februarereignisse vor fünfundzwanzig Jahren. Das ist die Lehre der Geschichte.

*

Für die sozialistische Bewegung Österreichs hatte der Februar 1934, der jähe Sturz von der Höhe einer großen, mächtigen, weitumfassenden demokratischen Partei in die Katakomben einer kleinen, unterirdischen, illegalen Bewegung, noch andere bedeutsame Folgen. Der „Weg aus dem Dunkel“ der österreichischen Arbeiterbewegung, der Aufstieg der Volksmassen aus Rechtlosigkeit, Elend und Ausbeutung zu Menschenwürde, demokratischer Freiheit und Kultur, wurde jäh unterbrochen. Eine große historische Lücke entstand. Wie sie überwunden wurde, wie der Sozialismus zugleich mit der Fackel der Freiheit im Dunkel der Katakomben weitergehütet wurde, bis er am Tage der wiedergewonnenen Freiheit wieder zur leuchtenden Flamme werden konnte, wie die sozialistische Bewegung ihr „Wir kommen wieder“ zur historischen Wahrheit machte, das soll an anderer Stelle geschildert werden.

Dank sei den Opfern, Ehre allen jenen, die für die Freiheit weitergekämpft haben!

Es lebe die Freiheit in der demokratischen Republik!

So hat es begonnen ...

Am Sonntag, dem 11. Februar 1934, sprach der damalige Vizekanzler Fey bei einer Gefechtsübung der Heimwehr in der Gegend von Strebersdorf im 21. Bezirk von Wien die denkwürdigen Worte:

„Ich kann euch beruhigen. Die Aussprachen von vorgestern und gestern haben uns die Gewißheit gegeben, daß Kanzler Dr. Dollfuß der Unsrige ist. Ich kann euch auch noch mehr, wenn auch nur mit kurzen Worten sagen: Wir werden morgen an die Arbeit gehen, und wir werden ganze Arbeit leisten!“

Das Vorgehen der Polizei am nächsten Morgen in Linz, am Sonntag und am Montag in Wien, aber auch später bei den Schutzbündlerprozessen die von Regierungsseite kommenden Zeugenaussagen, bestätigen ganz deutlich, was der Faschismajör mit seinen Versprechungen angedeutet hatte: die entscheidende Aktion sollte am Montag, dem 12. Februar, mit neuen großen Waffensuchen und Massenverhaftungen sozialdemokratischer Mandatäre beginnen. Die Reaktion hoffte, so einen Vorwand für die Auflösung der Sozialdemokratischen Partei, die Absetzung des bereits einen Tag vorher eines Teiles seiner verfassungsmäßigen Funktionen beraubten Bürgermeisters von Wien und die anderen beabsichtigten Staatsstreichpläne der verfassungsbrüchigen Regierung Dollfuß-Fey-Starhemberg zu gewinnen.

Genosse Otto Bauer hat damals, nach dem Februarkampf, einem Korrespondenten des „Daily Telegraph“ gegenüber erklärt, daß der sozialdemokratische Parteivorstand diese Maßnahmen der Regierung erst für Donnerstag oder Freitag erwartet hatte. Jedenfalls aber — und das ist heute eine unbestrittene historische Tatsache — war der auf den Bruch der Verfassung zielende verbrecherische Angriff der schwarz-grünen Faschistenregierung in der Nacht vom 11. Februar zum 12. Februar bereits in vollem Gange.

Nur soviel: das Heldenzeitalter der Illegalität einer politischen Bewegung ist für die, die es erlebt haben, kein Honiglecken. Heute ist es wieder leicht, Sozialist zu sein. Damals hieß es, den Schädel hinhalten. Arbeitslosigkeit, Verfemung, Verfolgung, Gericht, Gefängnis, Konzentrationslager — denken wir daran, daß das faschistische Regime es geradezu zur Vorschrift machte, jeden „Politischen“ doppelt zu bestrafen, mit Gefängnisstrafe und mit polizeilicher Anhaltung — waren der Lohn für eine Gesinnung. Versteht man, warum wir Sozialisten von der Partei als Gesinnungsgemeinschaft einen anderen Begriff haben als andere politische Gruppen?

Für uns, die das erlebt haben, gilt: Nur wer damals treu war, ist ein richtiger Sozialist. Damals war der Sozialismus ein Bekenntnis. Der nachrückenden Generation aber, die damals noch zu jung war, sollte klarwerden, daß wir das Spintisieren darüber, ob der Sozialismus eine Weltanschauung, eine Geschichts- und Lebensauffassung oder nur ein besserer Verein zur Erreichung persönlicher und kollektiver Interessenziele sei, einfach als unverständlich, ja geradezu als unwürdig empfinden. Treu sein kann man nur einer Idee — der Idee, für die die Februarkämpfer gestorben sind.

Die Wahrheit über den Februar 1934

Seit dem 12. Februar 1934, dem Tag, an dem der Aufstand der österreichischen Arbeiter begann, sind fünfundzwanzig Jahre vergangen. Ein Vierteljahrhundert, zwei faschistische Gewaltherrschaften, ein fürchterlicher Weltkrieg und eine schrecklichen Nachkriegszeit liegen dazwischen. Über den Freiheitskampf der österreichischen Sozialisten haben sich die ersten Schatten der Geschichte gesenkt. Die Alten haben nur noch die Erinnerung, die Jungen haben nur noch das Hörensagen...

Nicht nur das. Als der viertägige Kampf zu Ende ging, war die Sozialdemokratische Partei verboten, waren ihre Organisationen aufgelöst und ihre Funktionäre verhaftet. Die Redefreiheit und die Pressefreiheit waren aufgehoben, die sozialdemokratischen Versammlungslokale gesperrt und die sozialdemokratischen Zeitungen eingestellt. Die Gegner der Sozialdemokraten brachen nicht nur das Recht, sie beugten auch die Wahrheit — sie verfälschten die Geschichte. Niemand konnte die Wahrheit sagen, jedes freie Wort war verboten.

Nicht nur das. Als die österreichischen Arbeiter zu den Waffen griffen, gab es viele Menschen, die nicht wußten, worum es in diesem Kampf ging. Die Demokratie, für die die österreichischen Sozialisten kämpften, war so verleumdet worden, daß sie für viele ihre Bedeutung verloren hatte. Erst die Erfahrung zeigte den Massen, was es heißt, die Demokratie, das ist das Recht aller und die Freiheit des einzelnen, zu verlieren. Das Ende der Demokratie führte Österreich zur Diktatur, zu Hitler und zum Krieg. Unvorstellbare Opfer von Menschenleben, wie sie die Geschichte noch nie erlebt hatte, Konzentrationslager, Bombenkrieg, Gefangenschaft, Hungersnot und Besetzung — das waren die Folgen.

Als die österreichischen Arbeiter nach einem heldenmütigen Kampf geschlagen die Waffen niederlegten, da schwuren sie: Wir kommen wieder! Und sie schwuren, die Wahrheit über den Februar zu sagen. Die österreichischen Sozialisten haben diesen Schwur gehalten. Wenige Wochen nach dem Februar kamen die ersten illegalen Zeitungen und Broschüren nach Österreich, und nach dem April 1945, als Österreich wieder seine Freiheit erhielt, hat die „Arbeiter-Zeitung“, hat die Sozialistische Partei die Wahrheit über 1934 geschrieben.

Aber nicht nur Sozialisten haben den Februar 1934 geschildert. Der Kampf der österreichischen Arbeiter ließ die Welt aufhorchen. Ausländische Journalisten und Historiker haben die Geschichte des österreichischen Februar geschrieben, die Wahrheit über 1934 gesagt. So stark waren ihre Argumente, daß sich ihnen auch österreichische Historiker aus dem konservativen Lager anschließen mußten.

Seit dem Februar 1934 ist ein Vierteljahrhundert vergangen. Die Schuldigen sind nicht mehr, die Mitschuldigen haben gebüßt. In

Österreich ist ein neues Staatsbewußtsein entstanden, die Österreicher haben zur Idee der demokratischen Zusammenarbeit gefunden — für die österreichischen Sozialisten aber gibt es ein großes Vermächtnis: das Andenken der Februarkämpfer zu wahren und für die historische Wahrheit einzutreten.

Wie es dazu kam

Als der Bestand des nach dem Zerfall der Monarchie übriggebliebenen kleinen Österreich gesichert war und der Aufstieg der Ersten Republik begann, setzte die Reaktion ein. Der frühere Adel, der die Wiedererrichtung der Monarchie wünschte, die Offizierskaste, die wieder ein arbeitsloses Leben wollte, die Bourgeoisie, die durch die Sozialpolitik, durch den Aufstieg der Arbeiter ihren Profit geschmälert sah, sammelten sich. Die Sozialdemokraten waren zu gefährlich geworden — sie hätten die Mehrheit im Parlament erhalten, und das, was sie in Wien geleistet haben, in ganz Österreich schaffen können. Und hier, zu dieser Zeit, beginnen die Ereignisse, die zum 12. Februar 1934 führten.

Die Bürgerlichen begannen die Propaganda gegen die Sozialdemokraten. In den Zeitungen und von den Kanzeln wurde die Lüge erzählt, die Sozialdemokraten würden, wenn sie die Mehrheit erhielten, die Kirchen in Brand stecken und den Bauern die letzte Kuh wegnehmen. Die Kirche von damals, mit Blindheit geschlagen, hat mitgetan — ein hoher kirchlicher Würdenträger, der Prälat Dr. Ignaz Seipel, führte den Kampf gegen die Sozialdemokraten und erklärte bald nach der Stabilisierung des neuen Staates, jetzt müsse der „Revolutionsschutt“ wieder weggeräumt werden.

Als die Soldaten im Jahre 1918 von den Fronten zurückkehrten, brachten sie ihre Waffen mit. In den Dörfern und in den Städten wurden damals schon örtliche Bauernwehren und Arbeiterwehren gegründet, die die Ordnung aufrecht hielten; sie hatten sich in den Umsturztagen bewährt, aber nach der Schaffung der neuen staatlichen Exekutive bald ihre Bedeutung verloren. Die Sozialdemokraten lösten die Arbeiterwehren auf, aber auf dem Land war es vielfach anders; ein ehemaliger Offizier, ein Fabrikant, ein früherer Adeliger oder ein Abenteurer sorgten dafür, daß die Ortswehren bestehen blieben, daß die Heimwehren entstanden.

Inzwischen war die Reaktion eine internationale Erscheinung geworden. In Italien marschierten die Faschisten unter Mussolini nach Rom und rissen die Herrschaft an sich. In Deutschland marschierte die SA unter Hitler und bereitete die Machtübernahme vor. Die Methoden waren die gleichen: Niederknüppelung der Arbeiterschaft, Auflösung der sozialdemokratischen Parteien, Beseitigung der Demokratie, Errichtung der Diktatur. Die öster-

reichische Reaktion hatte das Vorbild gefunden. Die Heimwehren wurden aufgerüstet!

Unter dem Druck dieser Verhältnisse waren die Sozialdemokraten gezwungen, den Republikanischen Schutzbund ins Leben zu rufen. Er übernahm den Schutz der sozialistischen Lokale und Veranstaltungen, er erwarb alsbald eine größere Aufgabe: den Schutz der demokratischen Republik, ihrer Einrichtungen und Errungenschaften.

Die Tragödie des 15. Juli 1927 war für die Reaktion der gewünschte Vorwand, immer schärfer gegen die Sozialdemokraten vorzugehen. Anfang 1933, als Hitler in Deutschland die Macht ergriff, beseitigte Dollfuß in Österreich die demokratische Verfassung und errichtete Schritt für Schritt sein autoritäres Polizeiregime.

Die Sozialisten haben gewarnt

Ende 1933 war die Auseinandersetzung unvermeidlich geworden. Die Arbeiter hatten die Parteiführung schon längst aufgerufen, den Verfassungsbruch Dollfuß' nicht länger zu dulden. Die Führer der Sozialdemokratischen Partei wußten aber, was Bürgerkrieg bedeuten würde. Die Sozialdemokratische Partei berief im November 1933 einen außerordentlichen Parteitag nach Wien ein, um die Taktik der Partei festzulegen.

Die Sozialdemokratische Partei erklärte noch einmal ihre Verhandlungsbereitschaft. Sie verlangte nichts als die Wiederherstellung der Verfassung und der demokratischen Rechte; sie bot der Regierung an, ihr bei der Verteidigung der Republik gegen den Nationalsozialismus



Das schwer beschädigte Ottakringer Arbeiterheim in der Kreitnergasse.

1932

- 1. Oktober:** Erste Notverordnung auf Grund des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes
- 17. Oktober:** Heimwehrführer Emil Fey wird Staatssekretär für Sicherheitswesen

1933

- 4. März:** Rücktritt der drei Präsidenten des Nationalrates
- 15. März:** Polizei besetzt das Parlament und verhindert eine Sitzung des Nationalrates
- 31. März:** Der Republikanische Schutzbund aufgelöst
- 11. Mai:** Verbot von Wahlen in ganz Österreich
- 8.—12. September:** Katholikentag in Wien. Dollfuß kündigt seinen „autoritären Kurs“ an
- 23. September:** Verordnung über Aufenthaltszwang und Anhaltelager (Konzentrationslager)
- 14.—15. Oktober:** Letzter Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Österreichs

1934

- 12. Januar:** Die katholische Kirche lehnt ab, zwischen den Sozialdemokraten und der Regierung zu vermitteln
- 3. Februar:** Verhaftung der Leitung des Republikanischen Schutzbundes
- 8. Februar:** Hausdurchsuchung im Wiener Parteihaus
- 11. Februar:** Vizekanzler Fey verspricht, vom nächsten Tag an „ganze Arbeit“ zu leisten
- 12. Februar:** Waffensuche im Linzer Parteihaus. Der Widerstand der Schutzbündler führt zur Erhebung des Schutzbundes auch in Wiener Arbeiterbezirken und an vielen Stellen Österreichs. Die Regierung setzt Militär und Polizei ein. Die Sozialdemokratische Partei samt allen ihren Unterorganisationen wird aufgelöst. Der Parteivorstand und weitere führende Funktionäre der Partei werden verhaftet. Das Standrecht wird verhängt
- 15. Februar:** Der Februarkampf zu Ende. Die Regierung „Herr der Lage“. Die ersten illegalen Organisationen entstehen
- 19. Februar:** Koloman Wallisch hingerichtet

mit allen Kräften beizustehen. Aber alle Angebote, alle Appelle der Sozialdemokraten blieben erfolglos.

Der Republikanische Schutzbund wurde aufgelöst. Polizei und Gendarmerie erschienen in den Arbeiterheimen und Parteilokalen und suchten nach Waffen. Während die reaktionären Formationen aufgerüstet wurden, sollte die Arbeiterschaft abgerüstet werden. Die Sozialdemokraten sollten eingeschüchtert werden. Die Waffensuchen waren der Vorwand, Vertrauensmänner einzusperren, Mitgliederverzeichnisse zu beschlagnahmen und Hausdurchsuchungen vorzunehmen. Der Arbeiterschaft sollte die unumschränkte Macht gezeigt, sie sollte in Angst und Schrecken versetzt werden.

Der außerordentliche Parteitag der Sozialdemokraten hatte in aller Öffentlichkeit festgelegt, wann sich die Arbeiterschaft zur Wehr setzen würde: wenn die Regierung eine faschistische Verfassung einführt, die Wiener Gemeindeverwaltung absetzt, die Sozialdemokratische Partei oder den Gewerkschaftsbund auflöst. Dann sollte der Generalstreik ausgerufen und die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Rechte erzwungen werden. Es ist kein Geheimnis, daß viele Vertrauensmänner forderten, man solle nicht abwarten, bis der Gegner den Zeitpunkt bestimmt, an dem er sich stark genug fühle, die Arbeiter vollends niederzuschlagen. Der Parteiführung gelang es jedoch, die Vertrauensmänner mit dem Argument der übergroßen Verantwortung zu überzeugen. Es blieb bei der Warnung — die die Reaktion mißachtete.

Der Sturm bricht los

Am Sonntag, dem 11. Februar 1934, hielt der Heimwehrführer Fey eine Rede, in der er sagte: „Morgen werden wir mit dem Aufräumen beginnen, und wir werden ganze Arbeit leisten!“ Die Heimwehr kündigte damit offen den Staatsstreich und die Niederschlagung der Sozialdemokraten an.

Montag früh, am 12. Februar 1934, erfuhr man in Linz, daß die Polizei wieder ein sozialdemokratisches Parteilokal besetzen wollte. Als die Polizeiautos in die Landstraße einbogen, wußte man, daß die Aktion dem Hotel Schiff, dem Linzer Arbeiterheim, galt. Das Aufräumen, das Fey angekündigt hatte, sollte in der Hochburg des Heimatschutzes, im Oberösterreich des Fürsten Starhemberg, beginnen! Als die Überfallautos von der Spittelwiese und der

Mozartstraße zum Linzer Arbeiterheim kamen, schlug ihnen eine Salve entgegen. Die Polizei nahm das Arbeiterheim unter Feuer, der Schutzbund nahm den Kampf auf. Wenige Minuten später traten die Linzer Arbeiter in den Streik, der Schutzbund eilte zu den Waffen. Die große, letzte Auseinandersetzung hatte begonnen.

Die Nachricht, daß in Linz gekämpft wird, verbreitete sich mit Windeseile in ganz Österreich. Auch in Wien legten die Arbeiter die Arbeit nieder. Der Generalstreik wurde ausgerufen, die Schutzbündler eilten zu ihren Sammelplätzen. In Wien schalteten die Elektrizitätswerke den Strom ab, die Straßenbahn blieb stehen, nur die Eisenbahnen verkehrten noch. Gegen Mittag bereits kam es in Wien zum ersten bewaffneten Zusammenstoß. Der Simmeringer Schutzbund, der von der Polizei ausgehoben werden sollte, schlug zurück, stieß auf die Landstraße vor und besetzte St. Marx. Nach ein Uhr griff die Polizei die Wohnhausanlage Sandleiten in Ottakring an, gegen zwei Uhr den Reumannhof in Margareten. Von dort griffen die Kämpfe auf Meidling über.

In den ersten Abendstunden stand Wien im Kampf. Freilich litten die Aktionen des Schutzbundes vielfach unter erklärlichen organisatorischen Mängeln: alle Schutzbundführer der ersten Garnitur waren schon vor mehreren Tagen verhaftet worden, die Stellvertreter wurden jetzt, wo es ging, von der Polizei ausgehoben. In einzelnen Bezirken konnten daher keine Waffen ausgegeben werden, in anderen geschah die Alarmierung nicht rechtzeitig genug. Der vorbereitete strategische Plan der Schutzbundführung: konzentrischer Vormarsch von den Außenbezirken gegen die Innere Stadt, blieb in den Anfängen seiner Ausführung stecken. Die Kämpfe zersplitterten sich bereits am ersten Tag in den äußeren Bezirken.

Polizei und Militär griffen den Quellenhof und den Laaer Berg in Favoriten an und wurden zurückgeschlagen. Der Favoritner Schutzbund stieß zum Gürtel vor, um Simmering und Margareten Hilfe zu bringen. Um den Högerhof, den Widholzhof und die Nesseldorfer Autofabrik in Simmering wurde gekämpft. In Hietzing kam es auf dem Goldmarkplatz, in der Penzinger Straße und auf dem Schönbrunner Vorplatz zu Zusammenstößen. Auf der Schmelz ging es um die Wohnhausanlage Breitenseer Straße. In Ottakring tobte der Kampf um die Wohnhausanlage Sandleiten und das alte Ottakringer Arbeiterheim, in Döbling um den großen Karl-Marx-Hof.

Das Ottakringer Arbeiterheim und der Karl-Marx-Hof wurden zu Brennpunkten der Kämpfe im nordwestlichen Teil der Stadt. Schon am Abend des Montag setzte die Regierung gegen die Arbeiterbezirke Kanonen ein. Haubitzen und Granatwerfer nahmen das Ottakringer Arbeiterheim und später den Karl-Marx-Hof unter Feuer. Aus dem völlig zerstossenen Heim der Ottakringer Arbeiter — Albert Severs Frau wurde von einer Granate



getötet — entkam die Besatzung schließlich durch die Kanäle.

Die schwersten Kämpfe entbrannten in Floridsdorf und im heutigen Bezirk Donaustadt. Am 13. Februar, als Polizei, Militär und Heim-

wehr in Floridsdorf eindringen, wurden sie vom Schutzbund zurückgeworfen. In der Angerer Straße, in Jedlersdorf und beim Straßenbahnhof kam es zu Kämpfen. Um das Polizeikommissariat und die Feuerwache, die von dem jungen

Feuerwehrkommandanten Ing. Weisselheldenhaft verteidigt wurde, wurde einen Tag erbittert gerungen. Vom Schlingerhof, der Wohnhausanlage Gerichtsgasse und dem Arbeiterheim, die mit Minenwerfern angegriffen

wurden, ging der Schutzbund zur Offensive über. Die Schutzbundbesatzung des FAC-Hofes verteidigte die

Floridsdorfer Brücke, Großjedlersdorf war in der Hand des Schutzbundes, die Gartenstadt schlug alle Angriffe zurück. Im südlichen Floridsdorf, der

heutigen Donaustadt, kämpften Kagran und Kaisermühlen gegen die Besetzung. Der Goethehof, um den die erbittertsten Kämpfe tobten, wehrte sich verbissen. Die Exekutive mußte sich auf das rechte Donauufer zurückziehen. Dann griff Militär, das aus Niederösterreich herbeigeholt worden war, Floridsdorf von allen Seiten an.

Mit dem Beginn des Kampfes in Wien wurde der Republikanische Schutzbund in ganz

Österreich alarmiert. Der Generalstreik war proklamiert, aber die Eisenbahnen fuhrten weiter — die Eisenbahner, eine Elitetruppe der Sozialdemokraten, waren von den Verfolgungen zermürbt worden. Wien, das die Hauptlast des

Kampfes zu tragen hatte, hatte gehofft, daß

Niederösterreich Entsatz schicken oder wenigstens

Teile der Exekutive binden würde — aber

Niederösterreich fiel zum großen Teil aus. Nur in Neunkirchen, Ternitz, St. Pölten, Wilhelmsburg, Traisen und Rohrbach gab es kleine Kämpfe.

In Oberösterreich kämpften Linz, Steyr, Attnang-Puchheim, Hausleithen, Stadl-Paura und Ebensee, in der Steiermark

Graz, Eggenberg, Gösting, Bruck an der Mur, Pernegg, Kapfenberg und St. Michael, in Tirol Wörgl, Häring und Kirchbichl. Der Kampf der

Schutzbündler auf dem Land muß um so höher eingeschätzt werden, als sie von der Umwelt abgeschnitten waren und keine Nachrichten bekamen. Sie alle kämpften auf

eigene Faust einen wahren Heldenkampf für die Demokratie. Sie kämpften auch dann noch, als sie wußten, daß das Ende kam und die Rache der Sieger sie erwartete.

Vier Tage und vier Nächte währte der Kampf in Wien und den Ländern. Dem Republikanischen Schutzbund stand die ungeheure Übermacht der Exekutive gegenüber. Wie die Regierung später selbst zugab, hatte sie gegen den Schutzbund 30.000 Mann Bundesheer,

prolet, nur nicht vergessen!

**erst stahl man dir das freie wort
und nahm dir dann vermessen
ein recht um das andere fort.
prolet, nur nicht vergessen!**

**trieben ohn' erbarmen dich —
nur du kannst es ermessen —
in not und jammer fürchterlich.
prolet, nur nicht vergessen!**

**und als im feber — schauerlich —
das meer ist toll geworden,
schoß mit kanonen man auf dich.
prolet, nur nicht vergessen!**

**zu sagen dann den mut man fand —
du hast es doch gelesen:
„wir reichen dir die bruderhand!“
prolet! nur nicht vergessen!**

**prolet! sehr bald kommt deine zeit!
dann denk, wie es gewesen
und zeige, daß aus dankbarkeit
du hast auf nichts vergessen!**

Wir zitieren . . .

Die „Reichspost“, das einstige Organ der Christlich-sozialen, brachte am 11. Februar 1934 an erster Stelle einen Artikel mit der Überschrift „Vor nahen Entscheidungen“, in dem Erklärungen des Regierungschefs Dollfuß enthalten waren. Es hieß darin:

Bundeskanzler Dr. Dollfuß empfing heute¹⁾ den Chefredakteur der „Reichspost“ zu einem Gespräch, in dem sich der Kanzler zur gegenwärtigen Lage äußerte:

„Seitdem ich die Regierungsgeschäfte übernommen habe, habe ich in Erkenntnis der Gebote einer anbrechenden neuen Zeit die Überzeugung vertreten, daß der auf einer Parteienherrschaft aufgerichtete alte Parlamentarismus sich verbraucht hat und das neue Österreich ein auf ständischer Grundlage aufgebauter, von christlichem und deutschem Geiste getragener und autoritär geführter Staat werden muß. Die Vorarbeiten zum Umbau unseres Staates in diesem Sinne sind bereits sehr weit gediehen. Wir werden voraussichtlich sehr bald schon darangehen können, unsere Pläne in die Tat umzusetzen. In der letzten Zeit hat sich . . . vor allem der Heimatschutz, zu meinem Programm bekannt . . . Dort, wo es notwendig ist, werde ich auch entsprechende Übergangsmaßnahmen durchführen . . . Wenn da gelegentlich dieser oder jener Politiker²⁾ in einer Weise redet, die anders lautet, so hat dies mit meinen Auffassungen nichts zu tun.“

¹⁾ Die Meldung ist vom 10. Februar datiert.

²⁾ Mit dieser höhnischen Phrase wollte Dollfuß seinen Parteifreund Kunschak verächtlich treffen, der sich im Wiener Gemeinderat als Vorsitzender der Christlichsozialen Fraktion für die Aufrechterhaltung verfassungsmäßiger Zustände ausgesprochen hatte.

15.000 Mann Polizei, 15.000 Mann Gendarmerie und 25.000 Mann von den Wehrverbänden, insgesamt 85.000 Mann, aufgeboten. Der Exekutive standen Kanonen, Minenwerfer, Panzerautos und Flugzeuge zur Verfügung. Die Exekutive verfügte über alle damaligen Nachrichtenmittel. Sie verfügte schließlich über einen militärisch organisierten Nachschub, der Munition, Essen und ärztliche Hilfe brachte.

Über all das verfügte der Republikanische Schutzbund nicht. Der größte Nachteil war der Mangel an Nachrichtenmitteln, so daß die Kampfgruppen untereinander nur fallweise — durch Radfahrer — in Verbindung treten konnten oder überhaupt keine Verbindung hatten. Dazu kam, daß bald Munitionsmangel herrschte, die Verpflegung und die Sanität fehlten. Die Schutzbündler lebten davon, was die Arbeiterfrauen in den Nachbarhäusern kochten, und die Verletzten verband einer, der bestenfalls einen Erste-Hilfe-Kurs gemacht hatte.

Das alles hätte aber vielleicht überwunden werden können, wenn nicht die Regierung das Radio in ihrer Hand gehabt hätte. Während in Wien die Minen heulten und die Kanonen donnerten, ließ die Regierung durch das Radio verbreiten, daß die Schutzbundführer geflohen seien und in der Stadt Ruhe herrsche. Sie ließ mitteilen, daß sie in ganz Österreich Herrin der Lage sei und die Schutzbündler überall den

Kampf eingestellt hätten. Diese Verlautbarungen verhinderten vielfach, daß die Arbeiterschaft in die Kämpfe eingriff und trugen dazu bei, daß die Schutzbündler den Mut verloren.

Erst vier Tage später war die Regierung wirklich Herrin der Lage. Die Exekutive hatte, wie später angegeben wurde, 130 Tote und 400 Verwundete zu verzeichnen, der Schutzbund hatte, soweit dies festgestellt werden konnte, 200 Tote und 300 Schwerverletzte verloren. Die Zahl der Leichtverletzten des Schutzbundes ist nicht feststellbar, da sie versteckt werden mußten. Gleich zu Beginn der Kämpfe hatte die Regierung das Standrecht verhängt. Was der Prälat Seipel gefordert hatte, das führte der Kanzler Dollfuß durch: Keine Milde!

Die Sozialdemokratische Partei, die Freien Gewerkschaften und alle sozialistischen Organisationen wurden aufgelöst, ihr Vermögen beschlagnahmt, ihre Lokale, Zeitungen und Druckereien besetzt. Die Heimwehr feierte Triumphe, sie plünderte die Parteilokale. Polizei und Gendarmerie setzten zu einer Verhaftungswelle an. Die führenden Parteivertrauensmänner und Gewerkschaftsfunktionäre waren schon in den ersten Stunden allesamt verhaftet worden. Der freigewählte Wiener Bürgermeister Seitz wurde mit Gewalt aus dem Rathaus geschleppt und wie alle anderen sozialistischen Abgeordneten und Funktionäre ins Gefängnis gesetzt. Binnen weniger Tage waren die Polizeikommissariate und Gefängnisse überfüllt; dabei wurden die Gefangenen grausam geprügelt. In Wien allein wurden zehntausend Verhaftungen vorgenommen. In Wöllersdorf wurde das erste österreichische Konzentrationslager errichtet.

Die Galgen werden aufgerichtet

Die Standgerichte begannen zu arbeiten: sie verhängten nur Todesurteile. Herr Dollfuß richtete die Galgen auf.

Der Hietzinger Schutzbündler Karl Münchreiter, der bei den Kämpfen schwer verwundet worden war, wurde auf der Tragbahre vor das Standgericht geschleppt. Der Führer der steirischen Arbeiter, Koloman Wallisch, wurde nach einer dramatischen Verfolgungsjagd in den Bergen gefangen, zum Tode verurteilt und hingerichtet. Der Kommandant der Floridsdorfer Feuerwache, Georg Weissel, wurde zum Tode verurteilt und hingerichtet. Der Döblinger Schutzbündler Emil Swoboda wurde zum Tode verurteilt und hingerichtet. Der Verteidiger des Ottakringer Arbeiterheimes, Josef Dangl, und drei Ottakringer Schutzbündler wurden zum Tode verurteilt; erst knapp vor der Hinrichtung, als schon die ganze Welt gegen die Todesurteile in Österreich protestierte, wurden sie zu lebenslänglichem Kerker begnadigt. Insgesamt wurden dreizehn Todesurteile vollstreckt.

Sie alle, die Münchreiter, Wallisch, Weissel und die anderen, starben wie echte Revolutionäre. Keiner wurde schwach, keiner bettelte um Gnade: sie alle gingen aufrecht zum Galgen.

In diesen Stunden, als ihre Helden starben, haben die österreichischen Sozialdemokraten geschworen, nie zu vergessen! In diesen Stunden ist der Februar 1934 unvergeßlich geworden!

Die Rache der Sieger ging weiter. Die Gerichte verurteilten hunderte Sozialdemokraten zu langen Kerkerstrafen, tausende Sozialdemokraten verloren ihre Arbeit, ihre Wohnung und ihre Existenz. In den Straßen Wiens patrouillierten die Überfallsautos der Polizei, wenn ein paar Jugendliche beieinander standen, wurden sie niedergeknüppelt, in den Arbeitervierteln löste eine Hausdurchsuchung die andere ab. Ein empörtes Wort, eine Denunziation bedeuteten Verhaftung und Gefängnisstrafe. Der Faschismus hatte in Österreich Einzug gehalten.

Die österreichische Arbeiterklasse aber war

nicht kampflos untergegangen. Sie hatte sich als erste in Europa mit der Waffe in der Hand gegen den Faschismus gewehrt. Sie war geschlagen, aber nicht besiegt. Ihre Fahne flatterte weiter — in den Herzen der Menschen. Das Licht leuchtete weiter — im Dunkel der Katakomben.

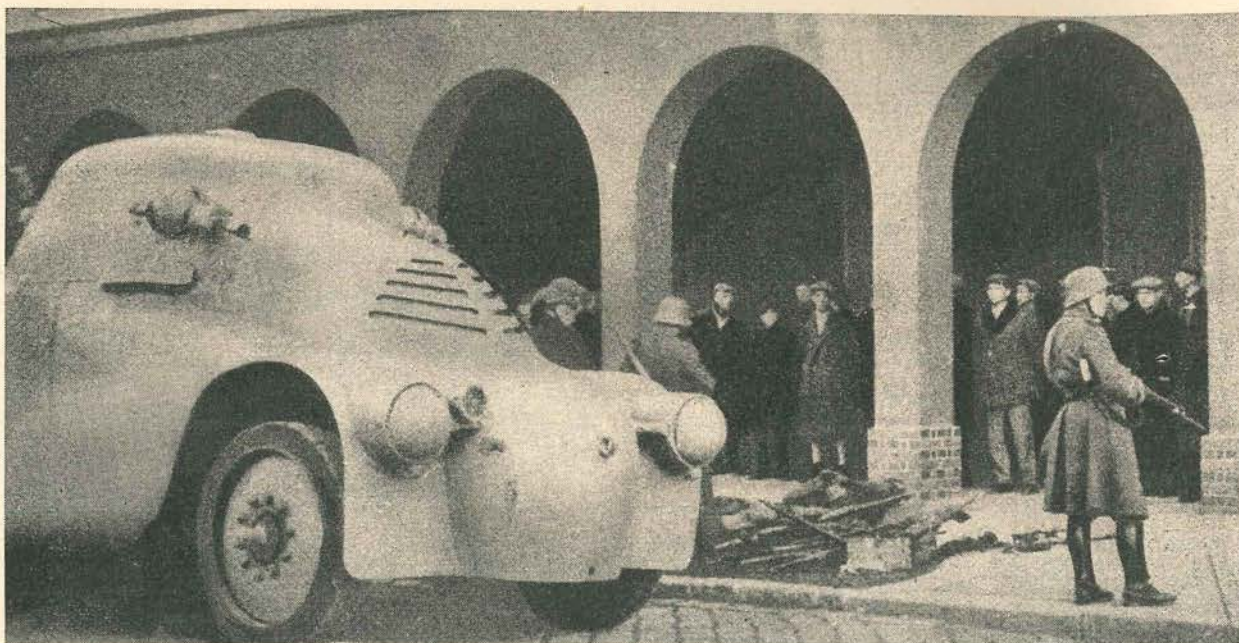
Am Tage nach dem Kampf ging die österreichische Sozialdemokratie in die Illegalität.

Die revolutionären Sozialisten

Die Sammlung der Kräfte der zerschlagenen, zersprengten Teile der sozialistischen Bewegung hatte drei Ausgangspunkte: a) die Schutzbündler, die bezirksweise in kleinen, wenn auch desorientierten Gruppen beisammen blieben, b) einzelne Personenkreise, die ihren Zusammenhalt bewahrten, wie die Funktionäre der Jugend-



Vor dem durch MG- und Geschützfeuer zerstörten Ottakringer Arbeiterheim, um das tagelang gekämpft wurde.



Ein Polizeipanzerwagen in Floridsdorf nach dem Kampf.

lichen und der Kinderfreunde, c) Teile des Parteiapparates, die die Zerstörungswut der Austrofaschisten übersehen hatte, wie die Redakteure der Parteiblätter, die Angestellten der Bildungszentrale, die jüngeren Gewerkschaftsangestellten. In Kaffeehäusern und Privatwohnungen „Unverdächtiger“ trafen sie einander. Begegnungen auf der Straße stellten unerwartete Kontakte her.

Schon Ende Februar trat das erste Zentralkomitee der Sozialdemokraten, die sich nun Revolutionäre Sozialisten nannten, zusammen. Es bestand aus: Manfred Ackermann, Karl Holoubek, Karl Kostroun, Franz Jonas und Roman Felleis. Nach Ackermanns baldigem Ausscheiden — er wurde verhaftet — übernahm Karl Hans Sailer die politische Leitung.

Jedes Zentralkomiteemitglied übernahm gewisse Verbindungsfunktionen und Aufgaben, aus denen sich später Ressorts entwickelten. Außerdem besorgten Oscar Pollak die Verbindung zur Internationale, Schiller Marmorek die Verbindung mit den Verteidigern der Inhaftierten und Jacques Hannak die Verbindung mit den Hilfsaktionen.

Das furchtbare Erlebnis der Niederlage hatte die Massen gleichzeitig eingeschüchtert und mit wilder Empörung erfüllt. Man duldete stumm und war von glühenden Rachegefühlen beherrscht. Man trauerte um die dahingegangene, so überschwenglich geliebte Partei, und haderte zugleich mit ihren Fehlern, ihren vermeintlichen und wirklichen Unterlassungen. In solcher Stimmung kommt es natürlich zur Bildung zahlreicher, voneinander unabhängiger, oft lokal isolierter Gruppen und Grüppchen, die voneinander nichts wissen oder miteinander konkurrieren. Jede dieser oft sehr romantischen oder dilettantischen Gründungen wollte die Nachfolge der alten Partei antreten; jede vertrat eine andere Theorie des „Neuen Begin-

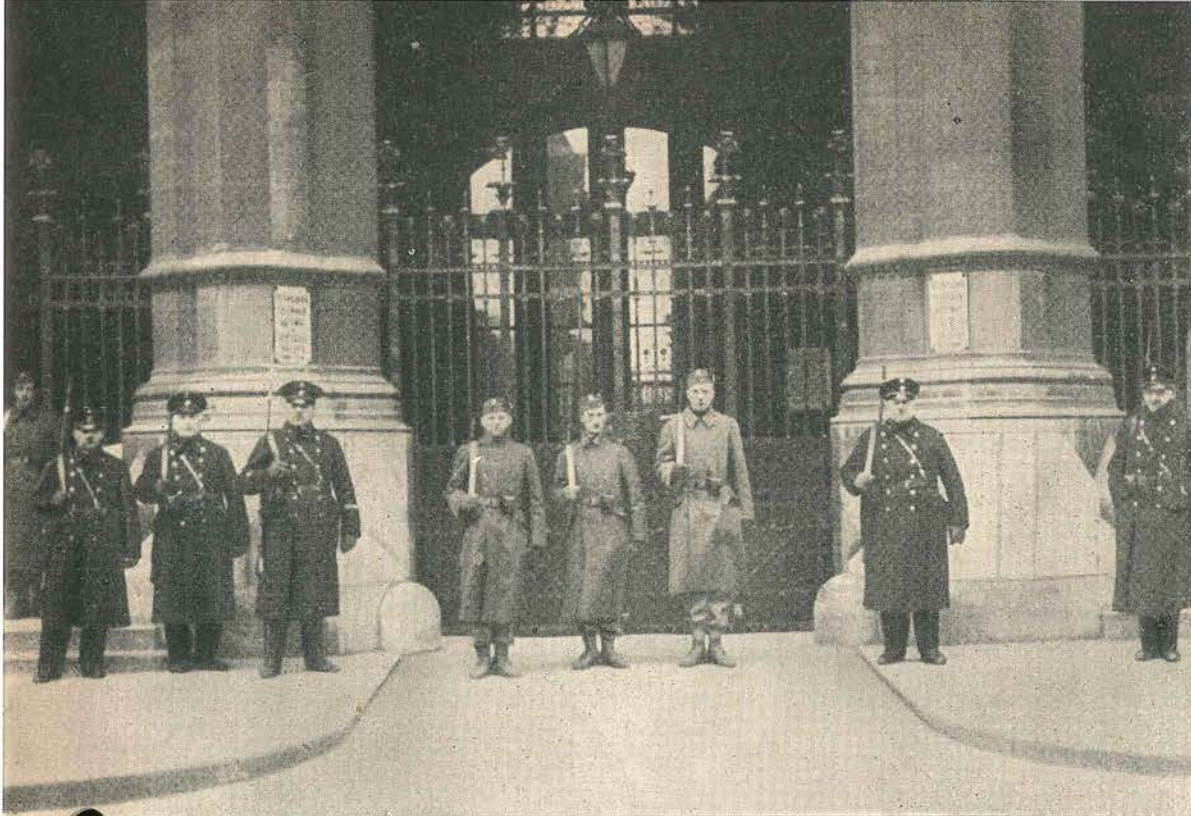
nens“. Die Arbeiterbewegung schien wieder in die Zeit der ärgsten Zersplitterung zurückgeworfen. Aber fast alle diese Gruppen verschwanden schon im Laufe des ersten Jahres und übrigblieb — außer den Kommunisten — nur jene Organisation, die unter dem Namen R. S. (Revolutionäre Sozialisten) die Partei fortgesetzt hat.

Die illegale Literatur

Am 24. Februar 1934 tauchte in Wien zum erstenmal wieder die nun in Brünn gedruckte „Arbeiter-Zeitung“ auf. Die erste Nummer enthielt bereits die Mitteilung von der Errichtung des „Auslandsbüros Österreichischer Sozialdemokraten“ (Alös) in Brünn, zugleich mit der Feststellung: „Das Alös will nicht etwa eine neue Parteileitung sein. Die neue Parteileitung wird vielmehr aus den in Österreich tätigen Genossen gebildet werden müssen.“ Das war von geradezu historischer Wichtigkeit: Das Auslandsbüro wollte nur ein Hilfsorgan der in Österreich wirkenden illegalen Bewegung sein. Freilich gehörte zu einem solchen Selbstverzicht eine so überragende Persönlichkeit wie Otto Bauer, der das Auslandsbüro leitete, und dessen Größe gerade in jenen Jahren der Niederlage die Misere der Zeit überstrahlte.

Dank einer mit erfinderischer Meisterschaft organisierten Transport- und Verteilungsorganisation wurde die kleine illegale und von den österreichischen Behörden wütend verfolgte „Arbeiter-Zeitung“ in Österreich stark verbreitet und — trotz drohender Strafen — heimlich viel gelesen.

Der Druck-, Transport- und Verteilungsapparat ist der exponierteste Teil jeder illegalen Organisation. Sein gutes und regelmäßiges Funktionieren, gegen das die Diktatur vergebens ihren ganzen Machtapparat aufbot, gereichte der Bewegung zum Stolz, und immer



Polizei und Heimatschutz „bewachen“ das besetzte Wiener Rathaus, in dem sich der Herr Bundesminister a. D. Dr. Richard Schmitz als „Bundeskommisär für Wien“ breitgemacht hat. — Das von Dollfuß und seiner Vaterländischen Front geschändete Denkmal der Republik. — Heimwehr-„Hilfspolizei“ sperrt die Lassallestraße mit schußbereitem Gewehr ab. — Die gefallenen Kämpfer mußten tagelang auf den Straßen liegenbleiben — so wollten es die „Sieger“.



wieder gelang es, der Polizei ein Schnippchen zu schlagen. Sooft späterhin Transporte aufgefangen, Depots ausgehoben, Verteiler verhaftet wurden, stets war in kurzer Zeit für Ersatz gesorgt.

Es gab daneben noch eine Flut illegaler Literatur in allen Teilen Österreichs. Schon seit Ende März wurde ein eigener Pressedienst herausgebracht, der vor allem die ausländischen Journalisten mit Informationen versorgte. Bald begann auch die sozialistische Monatszeitschrift „Der Kampf“ in Brunn wieder zu erscheinen. Es folgten in Österreich selbst besorgte Publikationen, wie die „Revolution“ und die „Information“.

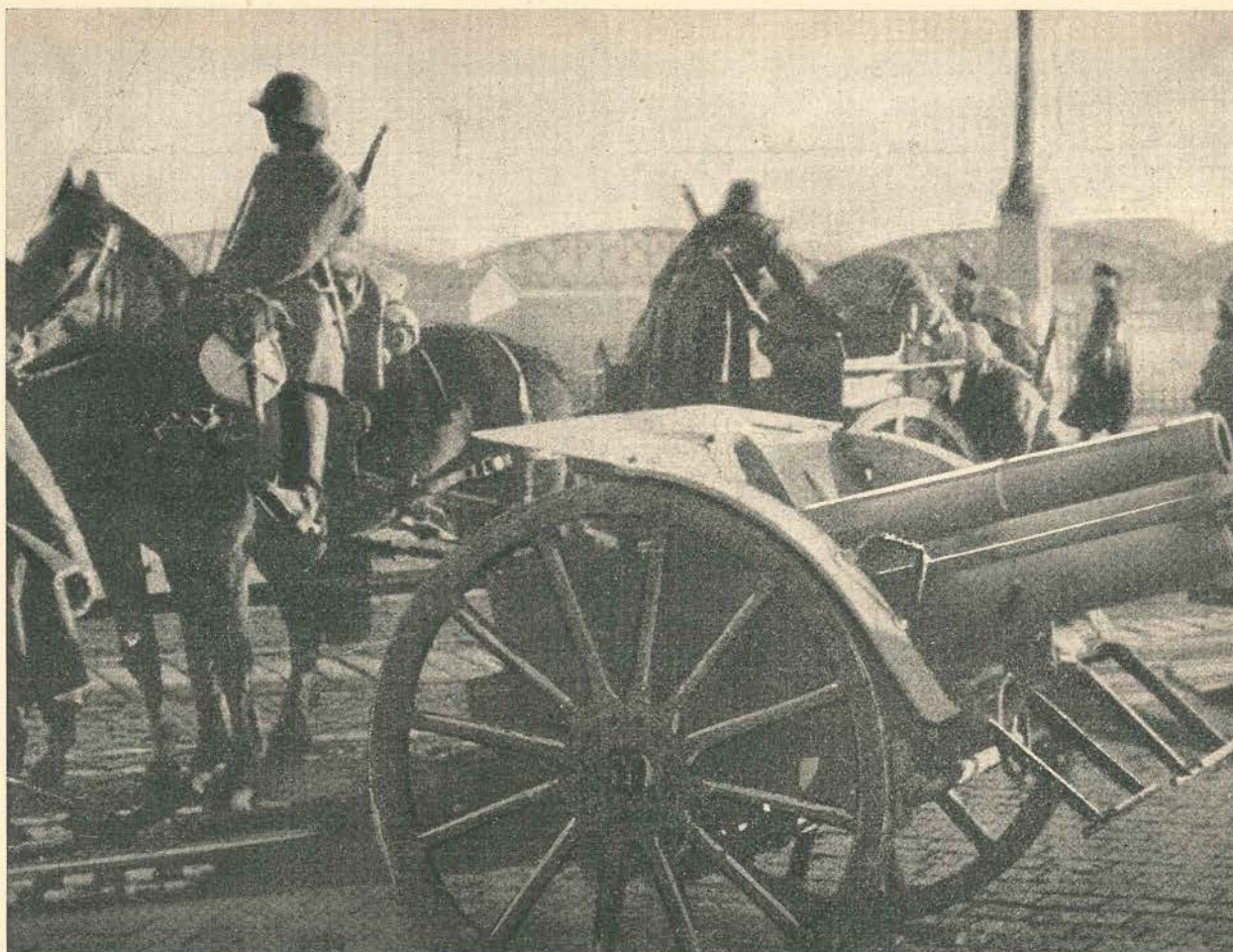
Ebenso wichtig war der zweite Faktor: die materielle Hilfe für die Verfolgten und die Familien der Opfer, die finanzielle Fundierung. Am 20. Februar, acht Tage nach dem Beginn des großen Kampfes, traf Walter Schevenels, der Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, in Wien ein und brachte einen beträchtlichen Geldbetrag, der zur Linderung der ersten Not bestimmt war. Man stand vor der Wahl, die Hilfeleistung illegal zu

organisieren oder eine legale Deckung für die finanzielle Gebarung zu finden. Der Internationale Gewerkschaftsbund und die Sozialistische Internationale hatten den glücklichen Gedanken, die Hilfsaktion in die Hände der „Gesellschaft der Freunde“ (der amerikanischen Quäkeraktion), die ihren Sitz in Wien in der Singerstraße hatte, zu legen. Die Leiterin der Quäker, Miß Emma Cadbury, eine der edelsten Erscheinungen auf dem Gebiet der Caritas, zögerte keinen Augenblick, die für ihre Organisation nicht ganz gefahrlose Aufgabe zu übernehmen. Sie fragte nicht nach Politik und Weltanschauung, sondern sah nur den leidenden Menschen.

Unter den argwöhnischen Augen der Polizei, die durch Verhaftungen und Geldkonfiskationen immer wieder zu stören trachtete — die Regierung schuf als Konkurrenz auch einen „Alwine-Dollfuß-Fonds“, der aber aus Mangel an Mitteln sang- und klanglos einschlief —, entstand eine ausgezeichnet funktionierende Fürsorgeaktion, die „halb legal“ regelmäßige Monatsunterstützungen an die Februaropfer des Faschismus auszahlte. Auf dem Höhepunkt der Aktion wur-



„Energisch durchgreifen“ war die Parole der Verfassungsbrecher, die die Hüter der Ordnung spielten. Mit erhobenen Händen werden gefangene Kämpfer des Schutzbundes abgeführt.



Auch bei der Zufahrt zur Floridsdorfer Brücke waren Haubitzen aufgeföhren.

den nicht weniger als 10.000 Familien betreut. Unter dem Drang der Verhältnisse entstand der Apparat förmlich über Nacht. Es war einer der wenigen intakt gebliebenen Personenkreise der alten Bewegung, dem dieses Kunststück gelang: die jungen, in der Fürsorge geschulten Funktionäre der Kinderfreunde, zusammengerufen und geführt von Josef Afritsch. Außer ihm und Fritz Jahnel waren es überwiegend Frauen, die mit Mut und Opferbereitschaft mit-taten. Das Gefühl, in der Not nicht verlassen zu sein, war einer der ersten Anstöße zur Wiederherstellung der moralischen Widerstandskraft der Massen.

Im Laufe der Monate und Jahre nahm die Zahl der Februaropfer mehr und mehr ab, jedoch die Zahl der neuen, aus der Illegalität entstandenen Opfer mehr und mehr zu. Um sie mußte sich eine andere Hilfsorganisation bemühen, und diese mußte notgedrungenermaßen selber illegal sein. Das war die unter dem Namen SAH (Sozialistische Arbeiter-Hilfe) heimlich ins Leben gerufene Einrichtung, deren Leitung vor allem mit dem Namen Wilhelmine Moiks verknüpft ist. Auch in diesem höchst wichtigen Zweig der illegalen Bewegung waren es vor allem Frauen, die die mühsame und gefährvolle Arbeit taten — wie überhaupt die Frauen der österreichischen sozialistischen Bewegung in der illegalen Zeit durch Tapferkeit und Hingabe oftmals die Männer übertrafen.

Kein Illegaler wurde verhaftet, ohne daß nicht binnen kurzem die „SAH-Frau“ seines Bezirks bei seiner Familie erschien, um die regelmäßige Unterstützung zu überbringen.

Besondere Bedeutung für die moralische Unterstützung erlangte in der Folge die Anwesenheit internationaler Vertreter bei politischen Prozessen. So zum Beispiel nahmen als Zuhörer beim Prozeß gegen die Schutzbundführer Eifler, Löw und Genossen (April 1935) der belgische sozialistische Abgeordnete Marc Sommerhausen, der Schweizer Nationalrat Jo-

Die österreichische Sozialdemokratie hat immer, auch in ihrem vielgelästerten Linzer Parteiprogramm vom Jahre 1926, erklärt: In der demokratischen Republik, die jedem Staatsbürger die volle Freiheit der Werbung für seine Ideen zusichert und die Macht im Staate denjenigen überträgt, die die Mehrheit des Volkes für ihre Ideen zu gewinnen vermögen, wollen wir die Macht im Staate mit friedlichen, verfassungsmäßigen Mitteln, mit dem Mittel des Stimmzettels, durch die Gewinnung der Mehrheit des Volkes für unsere Idee erobern. Nur in einem Falle sind wir entschlossen, zu gewaltsamen Mitteln zu greifen: Nur dann, wenn Faschisten oder Monarchisten die demokratische Republik stürzen, uns das allgemeine und gleiche Wahlrecht und das Recht der freien Werbung für unsere Idee rauben, der Arbeiterklasse die Möglichkeit, mit den friedlichen Mitteln der Demokratie um die Neugestaltung der Gesellschaft zu ringen, nehmen wollen. Nur für diesen Fall halten wir die Waffen bereit.

Otto Bauer:
„Der Aufstand der österreichischen Arbeiter“

Niemals vergessen

Josef Ahrer, Steyr

Anton Bulgari, Linz

Johann Hois, St. Pölten

Karl Münichreiter, Wien

Viktor Rauchenberger, St. Pölten

Josef Stanek, Graz

Emil Swoboda, Wien

Koloman Wallisch, Bruck a. d. Mur

Ing. Georg Weissel, Wien

hannes Huber und der nachmalige britische Finanzminister Dalton teil (vor dem Obersten Gerichtshof in der Berufungsverhandlung der bedeutende belgische Politiker und Professor Louis de Brouckère, eine der bekanntesten Erscheinungen des internationalen Sozialismus). Ein Jahr später fuhren zum Prozeß gegen Sailer, Marie Emhart und Genossen als Vertreter der freien Welt de Brouckère, Jeanne Vandervelde, Philip Price (England), Robert Longuet (Frankreich) und Wenzel Stivin (ČSR) nach Wien, wurden aber am Betreten des Gerichtssaales gehindert. Auch mit aufklärenden Schriften, wie dem „Schwarzbuch der österreichischen

Diktatur“ (mit Vorwort von Vandervelde) und „Dokumente einer Diktatur“ (mit Vorwort von Walter Citrine), trug die Internationale sehr wirkungsvoll zur Aufrüttelung der Weltöffentlichkeit bei. Die österreichische illegale Partei war auch bei den Sitzungen der Internationale zunächst durch Oscar Pollak und Karl Hans Sailer, später durch Sailer's Nachfolger, Josef Buttinger, vertreten.

Der Organisationsprozeß der Revolutionären Sozialisten ging indessen in aufsteigender Linie weiter. Wien war in fünf Kreisen organisiert, deren Kreisleitern die Bezirksleiter unterstanden. Die Seele des organisatorischen Aufbaus war Karl Holoubek, und im Laufe der Zeit wurde Helene Potetz eine ihm an Courage, Kaltblütigkeit und Geschicklichkeit ebenbürtige Helferin. Auch außerhalb Wiens wurden die Verhältnisse immer besser. Als Verbindungsmann zu diesen bewährte sich Franz Rauscher, sein Nachfolger nach der Verhaftung der ersten Zentralleitung wurde der Kärntner Josef Podlipnig.

Keine Romantik

Die Stimmung des Optimismus fand ihren Ausdruck in dem, was man unter den Illegalen „die kurze Perspektive“ nannte. Sie beruhte auf der Erwartung eines baldigen Zusammenbruches der austrofaschistischen Diktatur, der keine zwanzig Prozent des österreichischen Volkes Gefolgschaft zu leisten bereit waren. „Wir kommen wieder“, war die Losung dieser Zeit. Ihr Ausdruck war Aktivität, ja Demonstration, wie jene große Kundgebung zur Erinnerung an den 15. Juli 1927, die auf der Predigtstuhlwiese im Wienerwald stattfand — sie endete blutig wie der Tag, dessen Gedenken sie feierte. Ortsfeuerwehr und Gendarmerie erschienen auf dem Versammlungsplatz und schossen in die Menschen. Die zwei Liesinger Richard Lehmann und Johann Fröhlich wurden



Die Mieter eines Simmeringer Gemeindebaues werden von Polizei und Heimwehr perlustriert.



Der Goethe-Hof ist besetzt; auch hier haben MG und Haubitzen ihr Zerstörungswerk getan.



Eine zerschossene Wohnung im Goethe-Hof.

getötet: sie waren die ersten Märtyrer der illegalen Bewegung. Ihr Tod besiegelte das Ende der ersten Phase.

Die Revolutionären Sozialisten erkannten, daß der Sturz der faschistischen Herrschaft nicht eine Frage der unmittelbaren Zukunft, sondern das Ziel eines mühevollen und langwierigen Kampfes, daß illegale Arbeit kein romantisches Abenteuer, sondern eine opferreiche und unromantische Aufgabe war. Noch immer galt: „Wir kommen wieder“, aber nicht schon morgen oder übermorgen, sondern nur, indem wir mühselig arbeiten und uns in langer Sicht durchsetzen.

In diese Entwicklung hinein spielte auch die Gewerkschaftsfrage. Jüngere Gewerkschaftsfunktionäre — die älteren waren noch verhaftet oder unter Polizeiaufsicht —, unter ihnen Karl Mantler, Julius Weiss, Anton Proksch, Richard Freund, Andreas Thaler und etliche andere, hatten eine illegale Gewerkschaftsbewegung konstituiert. Sie sah sich bald vor eine ernste Alternative gestellt: Negierung und unnachgiebige Bekämpfung der von der Regierung aufgezogenen „vaterländischen“ Einheitsgewerkschaft (also einer dem Faschismus dienenden Organisation) oder deren Unterwanderung, Durchsetzung mit freigewerkschaftlichen Zellen und Aushöhlung von innen? Am Anfang hatte die erste Alternative den Vorrang; später näherte sich die Auffassung der illegalen Gewerkschaften der zweiten Alternative. Mit bemerkenswertem Geschick verstand es der Führungskader, eine Taktik anzuwenden, die eine Mischung beider Möglichkeiten je nach der Lage des Falles gestattete. Gar mancher Beschluß und gar manche offizielle Aktion der „vaterländischen“ Einheitsgewerkschaft war Schmuggelware, die illegale Gewerkschafter in die Konferenzen der Vaterländischen hineinpraktiziert hatten. Für gar manche illegale Flugschrift wurde Papier und Adressenmaterial der Einheitsgewerkschaft verwendet. Anfangs bestanden zwei illegale Gewerkschaftszentren; unter Karl Mantlers Autorität wurden sie später vereinigt. Für die illegale Gewerkschaftsbewegung und ihre Propaganda leistete Otto Leichter unschätzbare Hilfe.

Hainfeld — in Brünn

Die organisatorische Festigung der Revolutionären Sozialisten sollte ihren Ausdruck in einer illegalen konstituierenden Tagung finden. Zunächst wurde eine Konferenz der Wiener Organisation beschlossen und für September 1934 angesetzt. Die Konferenz fand mit Hilfe des Alös im Arbeiterheim des kleinen mährischen Städtchens Blansko bei Brünn statt — ohne daß die österreichische Polizei irgend etwas davon erfuhr. Die Tagesordnung bestand aus zwei Punkten, einem politischen Referat und einem Organisationsbericht. Oscar Pollak legte eine „Prinzipienerklärung“ vor, über die gründlich diskutiert wurde. Mit entsprechenden Abänderungen wurde sie schließlich angenommen. Die Organisationsfrage wurde auf der



Die Operngasse in Wien durch Stacheldraht abgesperrt.



So sah es im Café Goethe-Hof nach dem Beschuß aus.



Waffen des Schutzbundes werden abgeliefert und wegtransportiert.

Grundlage von Referaten Karl Hans Sailers und Karl Holoubeks geregelt. Sailer, Holoubek und Rudolfine Muhr bildeten das Präsidium. Die Vertreter des Alös waren nur als Gäste anwesend; Otto Bauer, Julius Deutsch und Friedrich Adler sprachen in der Debatte. Über alle umstrittenen Punkte wurde eine Einigung erzielt, es gab nur sechs bis sieben Gegenstimmen. Der Geist von Hainfeld, die Erbmasse der alten Partei, triumphierte, obwohl von den alten Parteifunktionären so gut wie keiner mitzuentcheiden hatte.

Der große moralische Erfolg der „Wiener Konferenz“ in Blansko schien sich bei der für Neujahr 1935 nach Brünn einberufenen

„Reichskonferenz“ zu wiederholen. Aber mitten in der Konferenz saß diesmal ein Spitzel — und die österreichische Polizei erfuhr diesmal alles!

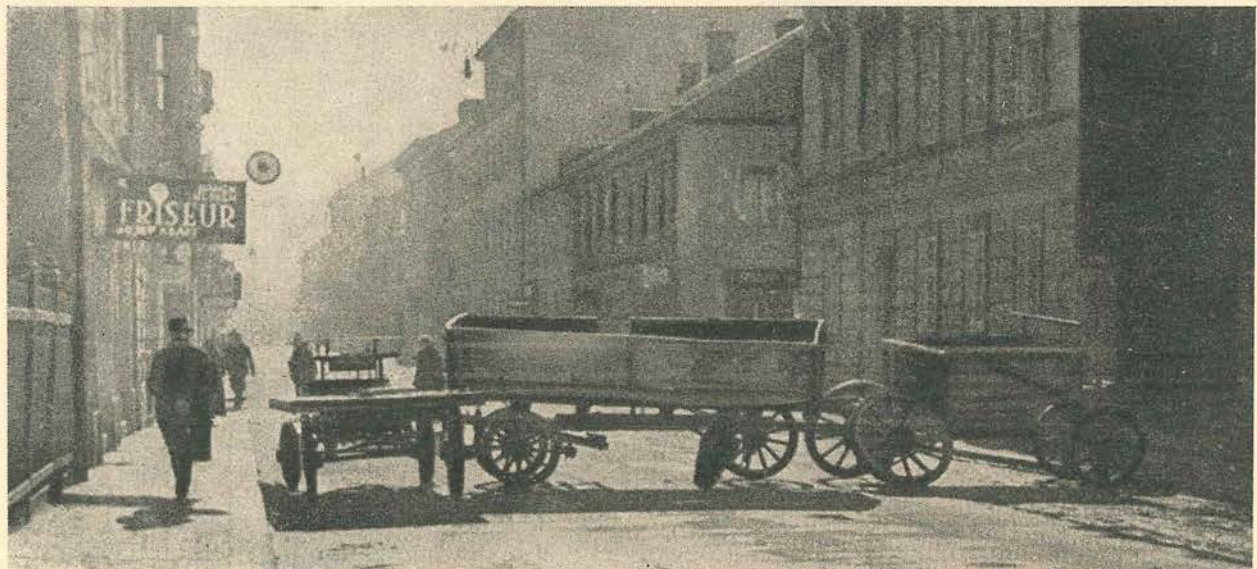
Als bald griff sie zu. Ende Jänner wurden Sailer und fast das ganze Zentralkomitee verhaftet.

Die Prozesse

Aus dieser Verhaftungswelle ging dann eine Serie von Prozessen hervor. Im April 1935 standen die Schutzbundführer Major Alexander Eifler, Rudolf Löw und Genossen vor Gericht. Sie erhielten alle schwere Zuchthausstrafen, wurden aber noch im selben Jahr amnestiert. Freilich nicht aus christlicher Menschenliebe



Nach der Erstürmung des Hotel Schiff in Linz.



Eine Barrikade in Linz.



MG-Stand der Polizei auf dem Dach des Parkbades in Linz.

übte die Regierung solche Milde, sondern weil sich Mussolini in sein Abessinienabenteuer gestürzt hatte und Miene machte, sein Vasallenland, das „autoritäre“ Österreich der Schuschnigg und Starhemberg, an Hitler zu verkaufen. Das flößte dem von der großen Mehrheit des österreichischen Volkes abgelehnten Regime Angst ein und nötigte es, ein paar Ventile zu öffnen; daher die in regelmäßigen Abständen wiederkehrenden Amnestien für Sozialisten -- und Nazi.

Dem Prozeß Eifler folgten im Sommer 1935 die ersten Strafverhandlungen gegen die Teilnehmer der Brünner Konferenz in Klagenfurt und in Wiener Neustadt; dabei wurden Strafen bis zu fünf Jahren verhängt. Besonders empörend war das Urteil, das im Februar 1936 vom Wiener Landesgericht gegen Rudolf Holowatij wegen illegaler Betätigung für die freien Gewerkschaften gefällt wurde: zehn Jahre Kerker.

Dann kam der große „Prozeß der Revolutio-

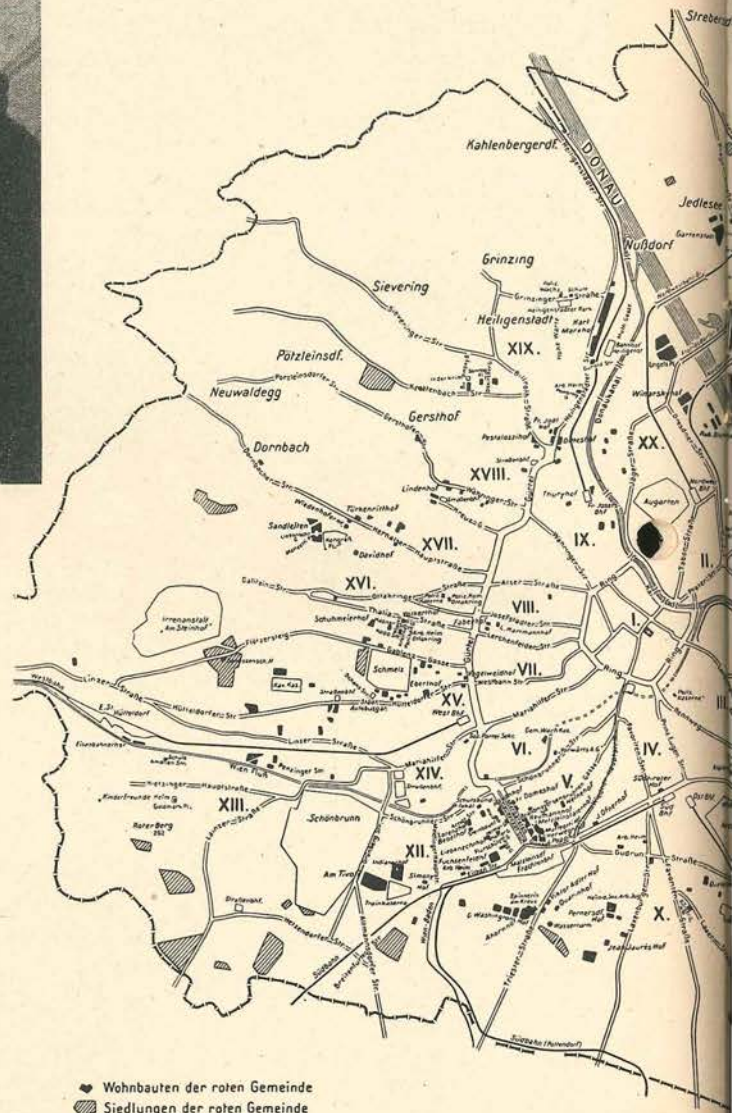
nären Sozialisten“ im März 1936 vor dem Wiener Landesgericht, der weit über Österreichs Grenzen hinaus Aufsehen erregte. Das großartige Verhalten der Angeklagten sicherte dem Prozeß ein starkes Echo. Auch die von Heinrich Steinitz mit Mut und Umsicht organisierte advokatische Verteidigung trug zu dem moralischen Triumph bei. Wieder einmal hatten Ankläger und Angeklagte ihre Rollen gewechselt. Als Schuldige stand in Wirklichkeit die armselige Polizeidiktatur Schuschniggs vor den Schranken des Gerichts. Die Urteile fielen sehr milde aus, und auch in diesem Falle sorgte schon ein paar Monate später eine Amnestie für die Beseitigung des Restes der verhängten Strafen. Es war die Amnestie, die auf Grund des sogenannten Kulturabkommens zwischen Schuschnigg und Hitler erlassen wurde. Dieses Abkommen öffnete dem Nationalsozialismus das Tor nach Österreich.

Mit der Übernahme der Leitung des Zentral-



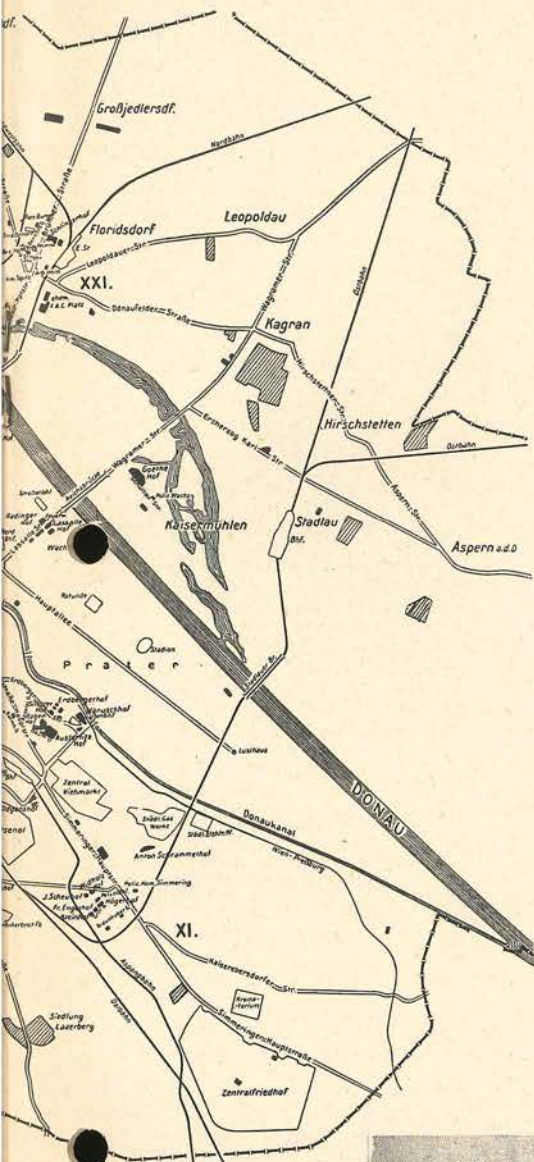
Geschütze gegen die Arbeiterschaft auch in Linz. Eine Stellung am Rande der Stadt.

Bilder aus



Schutz
 Hof in
 Polizei
 tiert. —
 die Colo
 sucht. —
 den aus
 iert. —
 ridsdorf
 anderen
 der Kä
 das wa
 von da
 auf der
 hier au
 beschos
 genannt
 auch na

den Kampftagen



Mit dieser Karte wollten die Austrofaschisten das Märchen von den „Roten Gemeindefestungen“ glaubhaft machen, jenen in der ganzen Welt bewunderten Wohnbauten, deren „Einsturz“ sie einige Zeit vorher „befürchtet“ hatten...!



indler aus dem Schlinger-
Floridsdorf werden durch
und Heimwehr abtransportiert.
In Floridsdorf werden auch
niakübel von Polizei durch-
Frauen und Kinder wer-
einem Gemeindebau evaku-
Nach den Kämpfen in Flo-
— Auch hier, wie an vielen
Stellen, dürfen die Opfer
mpfe nicht betreut werden;
die „Pietät“ der „Sieger“
als. — Artilleriebeobachter
Hohen Warte in Wien. Von
wurde der Karl-Marx-Hof
en. — Polizei und so-
„Hilfspolizei“ durchsuchen
ch den Kämpfen noch jedes
Auto.



komitees der Revolutionären Sozialisten durch den Kärntner Josef Buttinger begann eine neue Periode, in der die illegale Bewegung ihren nach den Massenverhaftungen notwendig gewordenen Reorganisationsprozeß vollzog. Dieser führte allerdings zur reinen Kaderbildung, zur sorgsamsten Abschließung von der Öffentlichkeit und damit auch von der Masse selbst. Das war begleitet von allerlei Theorien, die schließlich die „lange Perspektive“ des Kampfes so sehr in die Länge streckten, daß sie den Zusammenhang mit der Wirklichkeit verlor; der Wandel ging indessen rasch vor sich.

Auch die Auffassung, man könne vor lauter revolutionärer Gesinnung nichts tun als schreiben und diskutieren, war im Grunde der österreichischen Arbeiterbewegung fremd und stand auch in innerem Widerspruch zur Tatsache einer bloßen Kaderorganisation.

Die Bewegung der Revolutionären Sozialisten war aber selbst unter dieser im Grunde defätistischen Leitung gesund und für jeden Sozialdemokraten, auch für den, der sich ihr nicht anschloß, geradezu eine Selbstverständlichkeit. Auf dem Weg über den früheren Parteisekretär Robert Danneberg und die nimmermüde, niemals wankende Gabriele Proft gab es die Verbindung zu den alten Führern. Seitz' bloßes Erscheinen auf den Straßen genügte, daß ihn Freund und mancher ehemalige Gegner demonstrativ grüßte. Adolf Schärf stand als Anwalt und Ratgeber gar manchem Revolutionären Sozialisten zur Seite. Die Praxis der Revolutionären Sozialisten verfolgte, unbekümmert um Theorien, den Weg der alten sozialdemokratischen Erfahrung.

Das Ende Österreichs

Es geschah am 12. Februar 1938 — am vierten Jahrestag des Beginnes der Zerstörung Österreichs —, daß Hitler den österreichischen

Bundeskanzler Schuschnigg nach Berchtesgaden lockte und dort faktisch zur Kapitulation zwang. Noch einmal raffte sich Schuschnigg nach seiner Heimkehr zum Versuch eines Widerstandes auf, doch selbst da nur zaghaft, mit halben Schritten zu halber Tat. Wohl begann er mit den bisher unbarmherzig verfolgten Revolutionären Sozialisten und Sozialdemokraten zu verhandeln; wohl ließ er sich auf den Gedanken ein, vor allem die Gewerkschaften wieder auf eine demokratische Basis zurückzuführen. Aber all dies war zuwenig und zu spät, und es wurde überdies von den „vaterländischen“ Bonzen und den halben Nazi in Schuschniggs Umgebung sabotiert.

Dann kündigte er am 8. März in seiner historisch gewordenen Rede in Innsbruck eine Volksabstimmung an, die über die Unabhängigkeit Österreichs entscheiden sollte. Vier Tage später marschierte Hitler ein...

Während dieser vier Tage sah man in Österreich wieder rote neben rotweißroten Fahnen, gab es Konferenzen und sogar Kundgebungen der Arbeiter, Umzüge und Sprechhöre. Für einen Augenblick, ehe die Sonne für weitere sieben Jahre unterging, leuchtete das Licht vergangener besserer Zeiten. In Floridsdorf fand eine große halblegale Arbeiterkonferenz statt, in der Friedrich Hillegeist und andere laut und öffentlich mit dem Regime Abrechnung hielten, sich aber zur Verteidigung eines unabhängigen, freien und sozialen Österreich bereit erklärten: In der Stunde der äußersten Not haben Österreichs sozialistische Arbeiter diesen Staat bejahen. Am Freitag, dem 11. März, hätte Karl Hans Sailer im Radio sprechen sollen. Eine Stunde vorher trat Schuschnigg zurück, und Seyss-Inquart übernahm die Landvogtei Adolf Hitlers. Mit dem Untergang Österreichs mußte auch der illegale Kampf fortan andere Formen annehmen.

In der Stunde der Not

Die englische Hilfsaktion nach dem Februar 1934

Am Donnerstag, dem 15. Februar 1934, als die Kämpfe in Wien kaum beendet waren, erschien in meiner Rechtsanwaltskanzlei am Opernring ein junger Engländer namens Gaitskell. Der jetzige Führer der Parlamentsfraktion der Arbeiterpartei, der wahrscheinlich der nächste Premierminister von Großbritannien sein wird, lebte damals als Forschungsstudent in Wien. Er verkehrte in Kreisen der sozialistischen Intellektuellen, und ich hatte von ihm schon gehört, aber bis zu diesem Tag hatte ich ihn noch nicht getroffen.

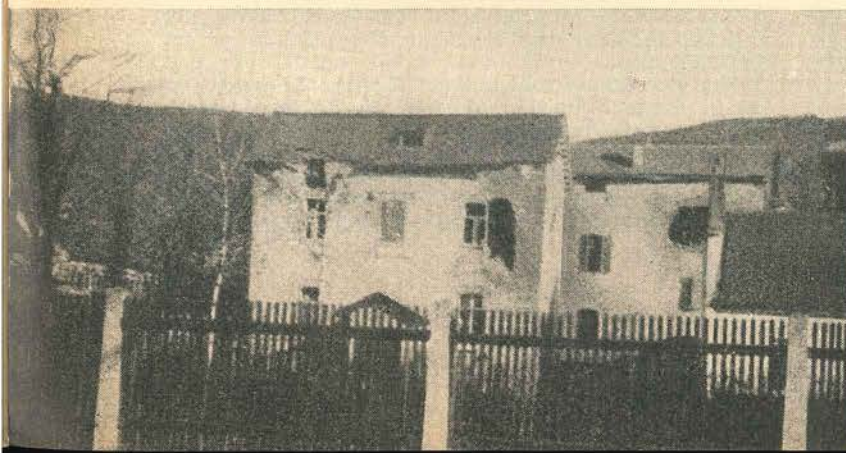
Neben meinem Beruf als Rechtsanwalt war ich Wiener Korrespondent des „Daily Herald“, der Zeitung der englischen Arbeiterpartei. Dadurch war meine Kanzlei besonders geeignet für halblegale Zusammenkünfte und Besprechungen. Weil ich ein Zeitungskorrespondent war, gab es immer gute Gründe dafür, daß mich ausländische Politiker und Journalisten besuchten. Waren gleichzeitig österreichische Sozialisten in meiner Kanzlei, dann war meine Anwaltstätigkeit dafür eine ausreichende Erklärung.

Gaitskell kam rasch zur Sache. Er ließ sich von mir nochmals bestätigen, daß der Kampf für die Sozialisten verloren war. „Dann müssen wir uns sofort bemühen, Hilfe von der englischen Arbeiterpartei hierher-

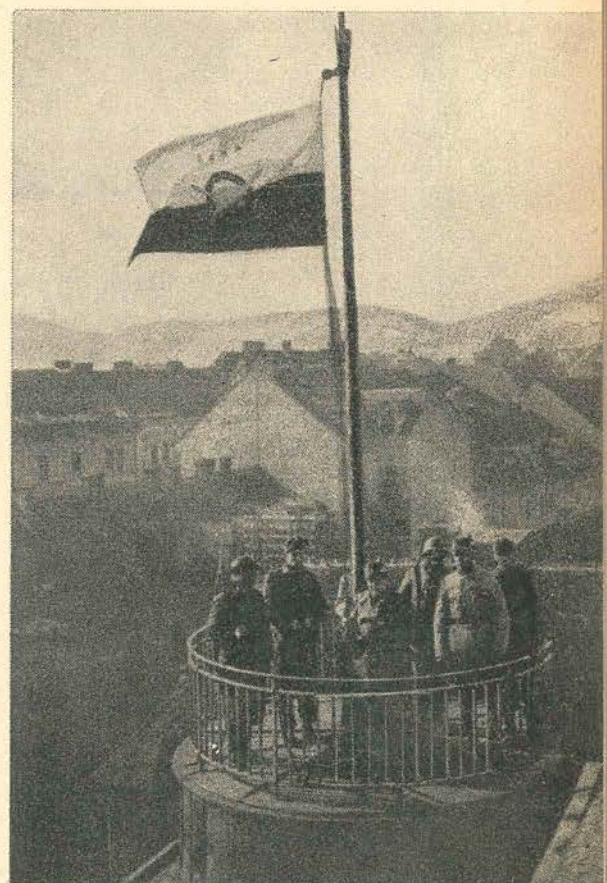
zubekommen“, sagte er. Kurz entschlossen, rief er sofort von meinem Schreibtisch interurban London an. Er sprach mit dem Ehepaar Cole — dem sozialistischen Theoretiker Douglas Cole, dessen Tod jetzt vor einigen Tagen aus London berichtet worden ist, und seiner Frau und Mitarbeiterin Margaret. „Es muß eine Delegation nach Österreich geschickt werden“, sagte Gaitskell. „Man braucht hier sofort Hilfe — es geht sehr schlecht.“

Einige Tage später kam die schottische Schriftstellerin Naomi Mitchison in Wien an, begleitet von einer Freundin. Ihr offizieller Reisezweck war, Material für ein Buch zu sammeln. Eine mütterliche, einfach gekleidete Frau, die als Mitteleuropäerin gelten konnte, solange sie den Mund nicht aufmachte — sie sprach nur Englisch. Mit Gaitskells Hilfe nahm sie die Kontakte mit den Familien der Schutzbündler auf, die gefallen, verhaftet oder nach dem Kampf ins Ausland geflüchtet waren. Sie besuchte die Gemeindegemeinden, sprach den Frauen (durch Dolmetscher) Trost zu, trocknete Tränen und brachte auch etwas Geld für die dringendsten Fälle mit. Das Wichtigste: Sie gab den Menschen das Gefühl, daß sie nicht vergessen waren, daß die internationale Solidarität der Arbeiter noch aufrecht stand.

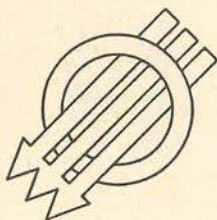
Sie schrieb später ein Buch „Naomi Mitchisons Wiener Tagebuch“, das von ihren Erlebnissen in Wien berichtet. Personen sind darin durch Anfangsbuchstaben gekennzeichnet; es erschien noch zur Zeit der Dollfuß-Diktatur.



niemals vergessen — niemals vergessen — niemals vergessen — niemals vergessen — niemals vergessen — nie



In Graz-Eggenberg: Die Wohnung zerschossen, alles verloren und von der Gendarmerie verhaftet. — Der Bürgermeister von Steyr wird auf der Ennsleiten durch Heimwehr abgeführt. — Auch in Bruck an der Mur sind Haubitzen in den Straßen gegen die Arbeiter aufgeföhren. — Die Arbeiterbäckerei in Eggenberg (Graz) war eines der vielen Ziele für die Haubitzen der grünweißen Faschisten. — Die Tiroler Heimwehr konnte nicht untätig bleiben: In Innsbruck errichteten Polizei, Bundesheer und Heimwehren MG-Stellungen. — Auf dem Hotel International in Graz wird nach der Besetzung die faschistische Heimwehrfahne gehißt.



Die Feier zum 25. Gedenktag des 12. Februar 1934
am 12. Februar 1959 um 19 Uhr im Volkstheater

PROGRAMM:

Kantate zum 12. Februar

„Für alle, die starben lang vor der Zeit ihres Todes“ von Erwin Weiss

MITWIRKENDE:

Chorvereinigung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes
Kurt Equiluz (Tenor) Karl Heinz Tuttner (Bariton)
Das große Rundfunkorchester von Radio Wien

DIRIGENT
Erwin Weiss

GEDENKREDE:

Bürgermeister Genosse Franz Jonas

„Georg Forster“

Republikanische Rhapsodie von Josef Luitpold

Mit ihr kam ein junger Rechtsanwalt, Elwyn Jones aus Wales. (Heute ist er Parlamentsabgeordneter der Arbeiterpartei.) Auch er hatte einen offiziellen Reisezweck. Er wollte eine Doktorarbeit machen — über das „Funktionieren der Justiz in Notstandssituationen“! Wo konnte man das „Funktionieren der Justiz“ unter solchen Umständen besser studieren als in Österreich unter Dollfuß nach dem Februar? Wo besser als in den improvisierten Lagern, in denen die besiegten Schutzbündler hinter Stacheldraht festgehalten, mißhandelt und ausgehungert wurden? Elwyn Jones dehnte seine systematische Studienreise bis nach der Steiermark aus. Wo er hinkam und die Gefängnisse besuchte, hörten die Mißhandlungen auf, und das Essen wurde besser.

Auch Frau Mitchison und ihre Freundin fuhren mit nach Bruck an der Mur. Als sie zurückkehrten, begann sich ein Kreis von ausländischen Journalisten und anderen jungen Engländern in Wien zu bilden, die mit tiefem Mitgefühl das Schicksal der österreichischen Arbeiter verfolgten. Manche von ihnen, die der berühmte Eric Gedy, später Autor des klassischen

Werkes „Die Bastionen fielen“, standen selbst der Ideenwelt des Sozialismus nahe. Andere wurden einfach durch das Pathos, durch das Drama der Ereignisse mitgerissen. Einer von denen, die damals mithalfen, ist zum Beispiel heute ein erzkonservativer Abgeordneter des englischen Parlaments, ein Mitglied der rechtsgerichteten „Suezgruppe“. Manche waren unpolitische Menschen, denen einfach das Leid der Familien zu Herzen ging.

Auf einem ihrer Wege wurden Naomi Mitchison und ihre Freundin von der Dollfuß-Polizei verhaftet und einige Stunden festgehalten. Die Freundin war zufällig eine Cousine der Königin von England. Als die Polizei daraufkam, war das „Unglück“ schon geschehen. Die Nachricht von der „Anhaltung einer Verwandten des Königshauses“, die sofort nach England gemeldet wurde, erweckte lebhaftes Interesse für die Ereignisse in Österreich in Kreisen, die sonst für den Sozialismus in keiner Weise zugänglich waren. Es war eines der stärksten Propagandastücke, kostenlos geliefert von der Dollfuß-Polizei.

Das wichtigste Problem war: Wie konnte man Geld, das in England und in anderen westlichen Ländern für die österreichischen Sozialisten und ihre Familien gesammelt wurde, nach Österreich bringen und den Empfängern zukommen lassen, ohne daß die Diktatur das Geld mit Beschlag belegte? Ich dachte an die religiöse Gemeinschaft der Quäker in England und Ame-

Der Gesellschaft von heute obliegt es, jedem einzelnen zu ermöglichen, die ihm zukommende soziale Aufgabe zu erfüllen: Das Recht dazu hat der manuelle Arbeiter ebenso wie der geistig Schaffende, der Unselbständige ebenso wie der Angehörige der freien Berufe, der Wissenschaftler ebenso wie der Künstler!

NIEMALS VERGESSEN!

Die Wiener Sozialisten gedachten der Opfer — Eine erhebende Feier im nächtlichen Zentralfriedhof

Am Vorabend des Tages, an dem sich zum fünf- und zwanzigstenmal der Beginn der Februarkämpfe jäherte, gedachten die Wiener Sozialisten ihrer Opfer. Vor dem Mahnmal für die Opfer des Faschismus im Wiener Zentralfriedhof fand die ergreifende Gedenkfeier statt: für eine Stunde war das Denkmal in gleißendes Licht getaucht, um dann wieder in die nächtliche Stille des Friedhofes zu versinken.

Vor dem Haupttor des Zentralfriedhofes versammelten sich mehrere tausend Menschen; die Delegationen des Parteivorstandes, des Wiener Vorstandes, der Gewerkschaftsfraktion, der Freiheitskämpfer und der Wiener Bezirksorganisationen. Nach 6 Uhr, die Nacht brach schon herein, setzte sich ein langer Zug in Bewegung. Voran wurden von Straßenbahnern und Eisenbahnern, flankiert von Fackelträgern, die alten Fahnen der Partei getragen. Ihnen folgte eine lange Kolonne von Männern und Frauen, Vertrauensleute der Sozialistischen Partei, unter ihnen viele alte Schutzbündler. Schweigend marschierten sie durch die nächtliche Gräberstadt.

Unsterbliche Opfer, ihr sanket dahin ...

Vor dem Mahnmal, das noch im Dunkeln lag, brannten zwei hohe Feuer. Als der Zug vor dem Denkmal ankam, flammten die Scheinwerfer auf und übergoßen es mit strahlendem Licht. Als die Delegationen die Kränze niederlegten, senkten sich die roten Fahnen, und gedämpft erklang das Lied von den unsterblichen Opfern. Dann sprach Genossin Rosa Jochmann:

Am 12. Februar 1934 war der Republikanische Schutzbund gezwungen, die Rechte der Arbeiterschaft, die Demokratie und die Freiheit zu verteidigen. Fünf und zwanzig Jahre sind im Ablauf der Geschichte nur ein Augenblick, aber in diesem Vierteljahrhundert geschah unendlich viel: der heroische Kampf der österreichischen Arbeiter gegen die Gewalt, der zweite Weltkrieg, der fast ganz Europa zerstörte und für Millionen den Tod auf den Schlachtfeldern und in den Gaskammern bedeutete.

rika, deren Hilfsaktion für die Wiener Kinder viele Leiden gelindert hatte. Im Jahre 1934 war noch eine kleine englisch-amerikanische Mission der Quäker in Wien. Sie beschäftigte sich aber überwiegend mit religiöser Missionsarbeit. Ich besuchte die mir bekannte Leiterin dieser Mission, die Amerikanerin Emma Cadbury, und bat sie um ihre Fürsprache.

Sie setzte sich mit den Zentralstellen der Quäker in England in Verbindung, und bald war auch Frau Dr. Hilda Clark, die die Hilfsaktion der Quäker in Wien nach dem ersten Weltkrieg geleitet hatte, wieder da, um die Arbeit einzurichten. Die Bedingung der Quäker war, daß die Hilfe karitativ und nicht politisch sein sollte. Niemand sollte davon ausgeschlossen sein — auch die Opfer nicht, die auf Seiten der Dollfuß-Regierung und der Heimwehr gestanden waren. Nur sorgte für die „Opfer der Exekutive“ ohnedies die Dollfuß-Regierung in reichlichem Maße durch ein Hilfswerk, das von Frau Dollfuß geleitet wurde. Übrig und unversorgt waren in der Praxis die Sozialisten.

Und so führte die salomonische Weisheit der Quäker, denen zu helfen, für die nicht gesorgt war, genau zu dem gleichen Ergebnis wie der Wunsch der Sozialisten und der internationalen Gewerkschaften, ihren österreichischen Genossen zu Hilfe zu kommen. Und die Sozialisten im Westen und die Gewerkschaften fanden es praktisch, das durch sie gesammelte Geld den Quäkern zur Verteilung in Wien zu übergeben.

In dieses Vierteljahrhundert fällt aber auch die Geburtsstunde unserer Zweiten Republik und die Erfüllung der Parole der illegalen Sozialisten: Wir kommen wieder! Im Februar 1934 wurde die Sozialistische Partei brutal niedergeschlagen, aber sie ist heute stärker denn je.

Der Weg von Hainfeld bis zur Zweiten Republik war ein Weg des Kampfes und der Opfer. Unvergessen ist die Stunde, in der die Massen zum Parlament zogen, um die Fahne der Republik zu hissen. Die Hingabe unserer Vorkämpfer fand ihren Lohn in dem gleichen Wahlrecht für Mann und Frau, in den ersten großen Sozialgesetzen und sozialen Errungenschaften. Sie fand ihren Lohn im Aufbau des Roten Wien. Das alles mußten wir verteidigen.

Das alles haben wir wieder errungen!

Im Namen der Sozialistischen Partei, der sozialistischen Fraktion des Gewerkschaftsbundes und des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer danken wir allen: denen, die gefallen sind, ihren Vätern und Müttern, ihren Frauen und Kindern. Wir danken auch allen, die durch die Nacht der Illegalität die Fahne der Freiheit trugen. Ihr Kampf war die Voraussetzung dafür, daß heute wieder die Fahnen der Freiheit und des Sozialismus wehen. Ihr Opfer ist unsere Verpflichtung, ihr Vorbild ist unser Wegweiser!

Nach der „Warschawianka“, vorgetragen von einem Bläserchor, rezitierte Burgschauspieler Otto Kerry Worte über die Menschenrechte von Friedrich Schiller. Nach einer Minute des Schweigens stimmten die Versammelten das „Lied der Arbeit“ und die „Internationale“ an. Dann verloschen die Scheinwerfer und das Denkmal sank in die Finsternis zurück. Nur die lohenden Feuer hielten Wacht.

Als Leiter des österreichischen Verteilungsapparates für die Quäkerhilfe wurden zwei meiner sozialistischen Freunde, Josef Afritsch und Fritz Jahnelt, vorgeschlagen. Für die illegale Organisation der Revolutionären Sozialisten funktionierte Jacques Hannak als Verbindungsmann. In wenigen Tagen waren Listen der betroffenen Familien in Wien, Graz, Obersteiermark und anderen Zentren der Februarkämpfe zusammengestellt. Die Quäkerhilfe begann in der Singerstraße 16 ihre Tätigkeit zu entfalten.

Das Quäker-Hilfswerk hat es den österreichischen Sozialisten im Jahre 1934 ermöglicht, Kontakte mit ihren Genossen im ganzen Land wiederherzustellen. Die Unterstützungen gaben den Anknüpfungspunkt. So wurden die Verbindungen wieder aufgebaut. Das war nicht die erklärte Absicht der Quäker. Ihr Motiv war die Menschlichkeit und ihr Ziel war nur, die Leiden zu lindern. Aber es ist klar, daß ihnen die Folgen nicht verborgen blieben. Sie hatten schließlich Augen; sie drückten sie manchmal zu. Es gehört nicht zur Christenpflicht, für eine Diktatur den Aufseher zu spielen. Aber den Unterdrückten zu helfen, ist ein Gebot der Nächstenliebe.

So haben die englischen Quäker in aller Stille dazu beigetragen, daß später wieder einmal die Sonne über Österreich aufging. Und so haben unsere englischen Genossen ihre Solidarität bewiesen, als die Not am höchsten war.

Jenen, die starben vor der Zeit ihres Todes

Die Februarfeier der Sozialistischen Partei im Volkstheater in Wien

Die Barrikade vom 12. Februar 1934 ist verschwunden; die einstmals auf der Straße für Freiheit und Demokratie kämpften, sie füllten am Donnerstag die Logen, das Parterre und alle Ränge des Volkstheaters bis auf den letzten Platz, um der Opfer jenes Kampfes zu gedenken.

„Für alle, die starben lang vor der Zeit“, haben Erwin Weiß und Gerhard Fritsch die Feierliche Kantate geschrieben, die, unter der Leitung des Komponisten vom Großen Rundfunkorchester, der Chorvereinigung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und den Solisten Kurt Equiluz und Karlheinz Tutter ausgeführt, die Veranstaltung mit leidenschaftlichem Akzent einführte.

Dann trat an das Rednerpult auf der Bühne, vor dem ein Strauß roter Nelken glühte, Bürgermeister Franz Jonas zur ergreifenden Gedenkrede:

Heute weiß es auch der einstige Gegner, sagte er, daß die Zerschlagung der österreichischen Demokratie in jenen blutigen Tagen dem Faschismus mit allen seinen Folgen den Weg bereitete; es besteht eine Verbindung von den Dollfuß-Haubitzen bis zur Atombombe von Hiroshima.

Als aber in den Frühlingstagen 1945 die österreichische sozialistische Arbeiterbewegung aus Illegalität und Verfolgung neu auferstand, da zeigte es sich, daß sie den Kämpfern des Februar das stärkste Aktivum überhaupt verdankte, das ihre Wiedergeburt förderte: das Ansehen und das Vertrauen, das unser Land, aber auch die ganze Welt der Partei der unerschütterlichen Freiheitskämpfer entgegenbrachte. Das aber gab damals unserer Partei eine Kraft, die es ihr erlaubte, mit dem Gegner von einst gemeinsam das Werk des Wiederaufbaues unseres Landes zu beginnen.

Wir müssen, schloß der Bürgermeister, für die junge Generation Verständnis haben, für die die Februartage keine ewig ins Herz geprägte, lebendige Erinnerung bedeuten.

Wir müssen aber darauf bestehen, daß auch diese Jugend die geschichtliche Lehre aus jenen unseligen Ereignissen zieht, damit nie mehr durch die Städte Österreichs der Bürgerkrieg tobt und Freiheit und Demokratie bedroht.

Die Veteranen des 12. Februar 1934 bekennen sich leidenschaftlich zu jenen Opfern, die im Kampf gegen Unrecht und Diktatur damals und später gefallen sind, und sie halten es für ihre heiligste Aufgabe, dafür zu sorgen, daß das Erbe in sichere Hände gerät und für alle Zukunft wohl bewahrt wird — damit sich einst das Antlitz der Erde für alle arbeitenden Menschen glücklicher und freudvoller gestalte.

Im Anschluß an die Rede sang das gesamte Auditorium stehend die „Internationale“. Dann folgte die Aufführung von Josef Luitpolds republikanischer Rhapsodie „Georg Forster“.

Eine Ansprache des Präsidenten Böhm

Die österreichischen Arbeiter und Angestellten gedachten Donnerstag vormittag in einer Trauerminute der Opfer der Februarkämpfe. In den Betrieben ruhte von 10 bis 10.05 Uhr die Arbeit. In Wien standen während der Gedenkminuten auch die Straßenbahnen still.

Auch die Eisenbahner hielten, soweit dies die Ver-

kehrsmöglichkeiten zuließen, die Gedenkminuten ein. Während der Arbeitsruhe hielt der Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Johann Böhm, im Rundfunk eine Ansprache, die in den Betrieben durch Lautsprecher übertragen wurde. In seiner Ansprache sagte Genosse Böhm:

Wir gedenken in diesen Minuten jener blutigen Ereignisse des 12. Februar 1934, die allen aufrechten Österreichern eine ernste Mahnung sind. Vor nunmehr fünfundzwanzig Jahren waren Teile unseres gemeinsamen Vaterlandes Schauplatz eines mörderischen Bürgerkrieges. Österreich war zu jener Zeit faschistischen Mächten benachbart, die einen starken Einfluß auf unser Land ausübten. Wirtschaftskrise, politischer Hader und faschistische Aspirationen führten nach und nach in Österreich zu einer gespannten Atmosphäre, in welcher schließlich engstirnige Unduldsamkeit gegenüber der demokratischen Grundhaltung der österreichischen Bevölkerung obsiegte.

Ein an schweren Schicksalsschlägen reiches Vierteljahrhundert ist seither vergangen, die Opfer von einst aber sind und bleiben unvergessen, denn ihr Einsatz und ihr Idealismus gaben ein Vorbild für den Aufbau eines neuen freien und demokratischen Staatswesens — dieser unserer Zweiten Republik. Wir wollen mit der Erinnerung an 1934 nicht alte, vernarbte Wunden aufreißen, wir wollen aber auch nicht so tun, als würden wir Vergangenes vergessen. Es sei vielmehr aus dem Vergangenen, aus Fehlern wie aus großen Taten, die Lehre gezogen für unser künftiges Dasein.

Fünfundzwanzig so ereignisreiche und oft auch schwere und schmerzvolle Jahre gewähren uns den notwendigen Abstand, um aus diesem Gedenken nicht neuen Hader und neue Zwietracht erstehen zu lassen. Vielmehr soll gerade die Erinnerung an den 12. Februar 1934 ein gemeinsames Bekenntnis zur Zusammenarbeit in unserem neuen Staatswesen erleichtern und bekräftigen.

Die Opfer von damals — auf welcher Seite immer sie gefallen sein mögen —, sie mahnen zur Einsicht und Zusammenarbeit in dem Streben nach Sicherung von Frieden, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit.

Niemand wird leugnen können, daß es natürliche soziale Gegensätze gibt; aber sie sollen in friedlicher Weise überwunden und ausgeglichen werden. Im Gedenken an die blutigen Ereignisse des Februar 1934 aber bekennen wir uns dazu, daß es über dem Gegensätzlichen immer auch viel Gemeinsames gibt. Dieses Bewußtsein möge in aller Zukunft so stark sein, daß eine Wiederkehr der gewaltsamen Auseinandersetzungen von einst unmöglich wird.

Die junge Generation und der 12. Februar

Die Sozialistische Jugend und die sozialistische Fraktion der Gewerkschaftsjugend veranstalteten am Mittwoch, dem 11. Februar, im Gewerkschaftshaus in der Treitlstraße eine Februarfeier, in der Nationalrat Genosse Peter Strasser die Gedenkrede hielt. Er führte unter anderem aus:

In dem Vierteljahrhundert, das seit dem 12. Februar 1934 vergangen ist, ist eine neue Generation herangewachsen, die nicht mehr unter dem unverwischbaren Eindruck jener düsteren Tage steht, in denen die Republik unter einer eidbrüchigen Regierung im Kanonendonner zerbrach. Ja, man kann sagen, daß für

Schutzbündler und RS

die noch nicht Mitglieder des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus sind, melden sich in der nächsten Sprechstunde in ihrem Bezirk oder in ihrem Landessekretariat zum Beitritt an.

alle Österreicher, die nicht älter als fünfunddreißig Jahre sind, der 12. Februar ein geschichtliches Ereignis ist, über das sie nur mittelbar unterrichtet wurden.

Die junge Generation von heute hat nicht gegeneinander hinter Barrikaden gekämpft. Das ist ein Glück, das ist ein festigendes Element unserer jungen österreichischen Demokratie. Nur so war es möglich, daß eine Jugend, die nicht in dem Jahrzehnt des Bürgerkrieges aufgewachsen ist, neue Formen der Auseinandersetzung gefunden hat. Ein besonders deutliches Beispiel dafür ist der Österreichische Bundesjugendring, eine Organisation, die vor 1934 niemand in Österreich für möglich gehalten hätte. Für die große Mehrheit der jungen Generation in Österreich sind Demokratie und Menschenrechte nicht wie für die Generation der Februarkämpfer ein kaum erreichbarer Luxus, sondern Selbstverständlichkeit.

Darüber sollen wir alle uns an einem Gedenktag, wie es der 12. Februar ist, freuen.

In diese Freude mischt sich aber manch bitterer Wermutstropfen, denn man kann nicht überhören und nicht übersehen, daß der verhängnisvolle Geist, der zum Untergang Österreich geführt hat, noch immer lebt. Solange sich politische Führer, die sich heute zur Demokratie bekennen, auch auf Dollfuß berufen, brennen die Wunden weiter, die am 12. Februar geschlagen wurden. Weit davon entfernt, alle Nichtsozialisten als

Diktaturanwärter und Faschisten zu verdächtigen, kann man sich dennoch nicht tiefer Besorgnis erwehren, wenn man weiß, daß die Abgeordneten der stärksten österreichischen Partei unter dem Bild Dollfuß beraten. Gerade sie sprechen oft davon, daß man endlich die Gräber schließen möge. Gerade sie, die sich so oft und so gern auf Tradition und Geschichte berufen, möchten gern das Datum des 12. Februar 1934 aus dem Kalender löschen.

Die Sozialisten haben sich nach 1945 zur Zusammenarbeit auch mit jenen bereit erklärt, die einmal auf der anderen Seite der Barrikaden standen. Sie haben gezeigt, daß sie bereit sind, die Gräber der sozialistischen Opfer in dem Kampf um Österreichs Freiheit zu schließen.

Sie sind aber nicht bereit und sie würden unserer Republik einen schlechten Dienst leisten, wenn sie die Opfer eines Weissel, eines Münchreiter, eines Wallisch und vieler anderer, die mutig für ihre Überzeugung in den Tod gingen, dem Vergessen anheimfallen ließen. Diese Männer waren die Vorkämpfer einer Freiheit, die dank der unerschütterlichen Haltung der Sozialistischen Partei heute ganz Österreich genießt.

Eine Delegation der Sozialistischen Jugend Wiens legte am Grab des Genossen Ing. Weissel zum Gedenken an alle Opfer der Februartage von 1934 einen Kranz nieder.

Karl Seitz und der Februar

In einer Rede im Nationalrat, die Seitz im Oktober 1932 hielt, warnte er wieder einmal eindringlich vor jedem Verfassungsbruch, wie er sich nach seiner Überzeugung auch in der mißbräuchlichen Anwendung des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes durch die Regierung Dollfuß darstellte, und sagte dabei von sich selbst:

„Ich bemühe mich immer, einen Weg zum Frieden zu finden, und ich bin auch zuallerletzt etwa einer, der droht“ ... „Ich habe die Kämpfe um das allgemeine gleiche Wahlrecht mitgemacht, um die Demokratie in Österreich von 1889 bis 1906; ich habe die Badeni-Zeiten und die §-14-Wirtschaft erlebt und gesehen, wie diese Wirtschaft geradezu abwärts führte. Es waren viele Ursachen des Zusammenbruchs des alten Österreichs; eine davon war die Abkehr von der Verfassung, die Leichtfertigkeit des Regierens, zu der man durch die Duldung des § 14 der Verfassung verleitet wurde.“

Bei dieser Einstellung zu den damaligen Grundfragen der österreichischen Innenpolitik verstand es sich eigentlich von selbst, daß Seitz die paramilitärischen Formationen der Parteien grundsätzlich ablehnte und sich von ganzem Herzen für eine allgemeine innere Abrüstung einsetzte. „Wir wollen nicht“, rief er aus, „daß mit Gewehren, Maschinengewehren und Revolvern der politische Kampf geführt wird. Wir haben sie oft eingeladen zur allgemeinen Abrüstung in Österreich, haben sie eingeladen: alle die Waffen nieder!“

Für ihn gab es, wie er in der gleichen Rede vor dem Parlament ausführte, nur eine einzige Alternative: entweder Parlament, Verfassung, Demokratie, oder Faschismus und Diktatur — was das Hinabsinken in Verfassungs- und Kulturlosigkeit bedeutete.

Nach Seitz' politischer Konzeption hatte die geschichtliche Entwicklung einen Punkt erreicht, in dem eine Reform der menschlichen Gesellschaft an Kopf und Gliedern unerlässlich wurde. Diese Umwälzung sollte sich aber, soweit sie durch den Willen

des einzelnen beeinflusbar war, nicht auf dem Weg der Gewalt vollziehen, sondern durch eine legale Änderung der Gesetze, also auf dem Boden der Demokratie und mit den Mitteln der Demokratie. Wendeten indes Gegner der Verfassung Gewalt an, dann allerdings war der Augenblick gekommen, wo auch der friedliche Bürger sich aller Mittel bedienen durfte, um sein Recht zu verteidigen.

Mit Vorliebe zitierte Seitz die Worte Schillers über die naturgegebene Verteidigung des Rechts durch das Volk:

**„Wenn der Gedrückte nirgends Recht kann finden,
Wenn unerträglich wird die Last — greift er
Hinauf getrosten Mutes in den Himmel
Und holt herunter seine ew'gen Rechte.“**

Seitz war ein Fanatiker des Rechts. Ob es sich um ein ganzes Volk oder um einen seiner Teile, ob es sich um viele oder um einen einzelnen handelte, Seitz stand stets auf der Seite derjenigen, die eines Anwalts ihrer Rechte bedurften. Er scheute sich nicht, den Mächtigen entgegenzutreten, aber auch seinen eigenen Anhängern wußte er sich zu stellen, wenn etwa zu befürchten war, sie könnten ohne zwingenden Grund den Boden des Gesetzes verlassen. Unvergesslich die Szene, als der Bürgermeister von Wien am 15. Juli 1927 auf einem Löschwagen der Feuerwehr stand, um diesem durch eine aufgeregte Volksmenge den Weg zum brennenden Justizpalast zu bahnen. Ebenso unvergesslich seine Haltung am 12. Februar 1934, als Polizei ihn nur unter Anwendung physischer Gewalt aus seinen Amtsräumen entfernen konnte.

Karl Seitz hat die höchsten Würden erreicht; er wurde Bürgermeister seiner über alles geliebten Vaterstadt und ihr Ehrenbürger, er war eine Zeitlang Oberhaupt des Staates — aber es blieben ihm auch Verfolgungen und Erniedrigungen nicht erspart. Er trug beides mit unnachahmlicher Würde. Es beugte ihn weder die monatelange Gefängnishaft im Jahre 1934 noch zehn Jahre später das Konzentrationslager von Ravensbrück.

**Drohende Diktaturen lassen sich nur bekämpfen, bevor sie die Macht
übernommen haben**

Es ist eine Angelegenheit des Terminkalenders, nicht des Heldenmutes

Wir sind dabei gewesen

Schutzbündler berichten:

Als im Jahre 1933 bekannt wurde, daß die Regierung Dollfuß-Starhemberg-Fey die Absicht habe, den Republikanischen Schutzbund aufzulösen, beschlossen wir, dies selbst zu tun und das vorhandene Material sicherzustellen. Als dann im Herbst 1933 die Polizei mit der Auflösung begann, fand sie in unserer Bezirksleitung nichts mehr vor, was sie auflösen oder beschlagnahmen konnte. Der Republikanische Schutzbund aber bestand weiter und organisierte sich enger. Wir kamen zu vertraulichen Appellen zusammen, um uns gegen einen Angriff von seiten der faschistischen Regierung, ihrer Heimatverbände und der Heimwehr vorzubereiten. Die ersten illegalen Zusammenkünfte wurden organisiert. Genossen aus Deutschland, die aus ihrer Heimat, wo bereits das Naziregime wütete, flüchten mußten, berichteten uns von ihrem Freiheitskampf.

Ja, das ist unser großer Stolz: Die österreichischen Arbeiter waren die ersten in Europa, die mit Waffen in der Hand dem Faschismus entgegengetreten sind. Das ist die Tat, auf die wir uns berufen: Die österreichische sozialistische Arbeiterschaft hat nicht kapituliert. Das ist die unvergängliche Bedeutung des Tages, den wir feiern: hier in Wien, in Österreich wurde zuerst in Europa für die Freiheit gekämpft. Darum weht heute unsere, die rote Fahne, „gefärbt mit dem Blut unserer Helden“, wie Otto Bauer sagte, dunkler und teurer geworden, wieder über dem befreiten Wien. Darum haben wir wahr gemacht, was wir am Tage nach der Niederwerfung an die Wände schrieben: Wir kommen wieder! Wir sind wieder da. Denn ewig lebt eine Idee, für die Menschen zu sterben bereit sind.

(Oscar Pollak: „Die Bedeutung des 12. Februar 1934“)

Es war für uns ein Anschauungsunterricht, wie sich der Faschismus auf unsere Freiheitsrechte stürzte und uns zu rechtlosen Sklaven machte. Der Republikanische Schutzbund schulte sich nun illegal, um alle Angriffe, von welcher Seite immer sie kommen sollten, abwehren zu können. Wir waren zu jeder Zeit, ob bei Tag oder Nacht, bereit, in den uns aufgezwungenen Kampf einzutreten, wir waren in allen Einzelheiten vorbereitet. Als in den ersten Wochen des Jahres 1934 die leitenden Genossen des Republikanischen Schutzbundes verhaftet wurden, wurde es für die Untergruppen immer schwieriger, die Verbindungen untereinander aufrechtzuerhalten. Unsere Genossen waren aber so geschult, daß sich jeder aus freien Stücken bei seiner Gruppe einfand, um Nachrichten zu erhalten. So waren wir wochenlang in ständiger Bereitschaft.

Da auch unser Bezirkskommandant, Genosse Charwat, vor dem 12. Februar 1934 in Haft gesetzt wurde, gab es bei der Befehlsausgabe verschiedene Schwierigkeiten, die jedoch bald überwunden wurden.

Als am Montag, dem 12. Februar 1934, der uns aufgezwungene Kampf geführt werden mußte, war jeder auf seinem Platz. Die vorhandenen Waffen wurden aus den Verstecken geholt und, so gut es ging, instand gesetzt. Aber die Polizei bekam bald Kunde über unser Tun.

In Stadlau unternahm die Polizei den ersten Angriff, bei dem der Kommandant, Polizeimajor Franzl, fiel und fünf Leute ver-

letzt wurden. Daraufhin zog sich die Polizei im ganzen 21. und 22. Bezirk zurück; unsere Genossen hatten den ersten Angriff abgewehrt und konnten mit der Ausgabe der Waffen beginnen.

Nun langten die ersten Befehle der provisorischen Kreisleitung Floridsdorf ein, nach welchen der Republikanische Schutzbund zur Verstärkung nach Floridsdorf zu marschieren hatte. In der Sektion blieben starke Wachen zurück; die Kagraner Brücke wurde von Genossen aus Kagran besetzt, um die Verbindung mit Kaisermühlen und der Leopoldstadt zu halten. Die Brücke lag von der Schießstätte Kagran aus unter Beschuß der Polizei, und drei Genossen, Schaffer, Naggi und Stumper, fielen im Kampf; es gab auch einige Verletzte. Unsere Alarmgruppe stand im Kampf um den Bahnhof Floridsdorf, wobei wir unseren Genossen Karl Pichler durch Kopfschuß verloren. Eine weitere Gruppe unterstützte die Genossen im FAC-Bau, welcher unter schwerem Artilleriebeschuß lag. Die Artillerie der Wehrmacht hatte am Donaudamm Stellung bezogen. Auf Grund der Waffenstärke der Faschisten war es uns nicht möglich, unseren Angriff vorzutragen. Da der Einsatz des Gegners mit Artillerie und schweren MG.s eine starke Übermacht darstellte und die Zivilbevölkerung in Gefahr stand, ihre Wohnungen durch den Beschuß zu verlieren, waren wir gezwungen, uns in die Rote Burg am Kinzerplatz zurückzuziehen. Dr. Maximilian Schwarz stellte sich dem Republikanischen Schutzbund als Arzt zur Verfügung. Sein Einsatz war hervorragend, da er während des Kampfes im offenen Gelände Erste Hilfe leistete.

Unter dem Druck der schweren Waffen der Faschisten wurden wir zum Rückzug in unsere Sektion gezwungen. Munition ging aus, die Vorräte waren aufgebraucht. Wir wollten es nicht wahrhaben, daß unsere so starke Sozialdemokratische Arbeiterpartei mit ihrer Kampforganisation, dem Republikanischen Schutzbund, einen Kampf verloren hatte.

Die Genossen verabschiedeten sich voneinander und jeder ging ins Ungewisse mit dem Gedanken: Wo, wie und wann werden wir den Kampf gegen jene Machthaber, die Gegner jeder Freiheit waren, fortsetzen?

Nun tobten sich die Austrofaschisten an unseren Genossen des Republikanischen Schutzbundes aus. Wir wurden in überfüllte Kerker geworfen, Naderer gingen um, so daß auch gänzlich Unbeteiligte die Gewehrkolben der Heimwehrehorden zu spüren bekamen. Wochen, Monate und Jahre vergingen; die Zuchthäuser waren voll von Sozialisten, aber trotz Qual, Marter, Verhöhnung blieben wir stark und zuversichtlich. Wir schworen, auch wenn sich die Kerkertore hinter uns schließen, wollen wir mehr denn je für unsere Idee, den Sozialismus, weiterkämpfen. Auch hinter Kerkermauern konnten die Austrofaschisten unsere Kampfkraft nicht brechen. Bei jeder Gelegenheit wurde laut und vernehmlich kundgetan, daß wir Sozialisten waren und geblieben sind. Als der Parteivorstand, an der Spitze unser Genosse Seitz, von der Polizei in das Landesgericht I eingeliefert wurde, wurden die Genossen mit dem Kampflied der Internationale begrüßt, da uns auf Grund unseres Nachrichtendienstes alle Vorgänge zur Kenntnis kamen. Nur Nachrichten über unsere Familien kamen spärlich. Wochenlang wurde uns die Sprechminute verwehrt, Beschwerden und Vorsprachen halfen nichts. Auch dadurch konnte man uns nicht kleinkriegen oder Geständnisse abpressen.

Viel hatten die Familien der eingekerkerten Schutzbündler zu ertragen. Sie wurden verspottet, verhöhnt, verachtet, gemaßregelt. Viele Frauen unseres Bezirkes wurden in Haft genommen, nur weil sie Genossen, die im Kampf gestanden waren, Essen verabreicht hatten.

Aber der illegale Kampf wurde bereits von verlässlichen Genossen geführt, ehe noch der Donner der austrofaschistischen Kanonen verstummt war. Die ersten illegalen Druckwerke wurden herausgebracht und fanden reißenden Absatz unter den noch aufrecht gebliebenen Sozialisten. Die illegalen Nachrichten

drangen bis hinter die Tore der Gefängnisse und erreichten auch den letzten aufrechten Kämpfer in seiner Zelle. Wir gelobten, ebenfalls sofort in einer illegalen Gruppe mitzuarbeiten, sobald wir wieder in Freiheit sein würden, und für ein freies, sozialistisches Österreich weiterzukämpfen.

*

Die Kämpfe waren bereits im Gange und wir waren zusammen 80 Mann. Nach einigen Beratungen waren die Waffen da und wir gaben sie aus. Dann bezogen wir unsere Posten. Am Morgen räumte die Polizei das Feld und wir waren Herren der Lage. Am Morgen des 13. Februar jedoch setzte die Artillerie ein und wir mußten fort. Ohne Artillerie und Panzer wären die Fünfschillingmanderln nicht durchgekommen.

Um Ruhe bei den Frauen und Kindern zu bewahren, war ich auf der Stiege geblieben (Rote Burg). Ich sah den Panzerwagen anfahren und die Infanterie entlang der Häuser anschleichen. Ich sah die Heimwehr, als sie unseren Bau stürmte, und hörte auch die Hauswartin, als sie der Heimwehr zurief: „Der auf Nr. 12 war es!“ Die Heimwehrmänner stürzten sich auf mich, würgten mich blau und stießen mich über die Stufen herunter. Einem Offizier vom Bundesheer fiel ich in die Hände und man führte mich zum Friedhaus. Dort mußte ich Liegestütz machen; der Obmann der Kinderfreunde, Genosse Albert Graber, lag bereits auf der

Eine der dringendsten Sorgen nach dem Februar 1934 war: Wie kommen wir zu unserer Zeitung? Das anscheinend Unmögliche wurde dem Schicksal abgetrotzt, und alle, die die erste Nummer dieser kleinen, dünnblättrigen „Arbeiter-Zeitung“ erhielten, werden sich an diese Stunde der Wehmut und Trauer, aber auch des Glückes erinnern, daß wir wieder unsere „Arbeiter-Zeitung“ hatten. Die Genossen aber, die mit dem Schreiben, mit der Beschaffung der Druckerei, mit dem Vertrieb der Zeitung in den Bezirken und Ländern und gar erst mit der Kolportage zu tun hatten, wurden plötzlich zu Abenteurern, jeder einzelne zu einem Sherlock Holmes. Schwierigkeiten waren aber nur da, um überwunden zu werden. Was da alles auftauchte! Dinge, von denen wir in unserem bisherigen Leben keine Ahnung hatten, mußten gelernt werden, unsere Erfindungsgabe kannte keine Grenzen. Bände könnte man über dieses Kapitel schreiben, aber auch über den Mut und die Findigkeit unserer Genossen, von denen manche mit fortschreitender Illegalität, so ausgebildet waren, daß sie auch den geschicktesten Polizeispitzel schlugen.

Unsere „Adi“ — wie die kleine „Arbeiter-Zeitung“ bei den Eingeweihten hieß — wurde vorerst in Wien gedruckt. Nach der Brünner Konferenz kam sie aus dem Ausland zu uns. Wenn einmal so ein Grenztransport „hochging“, dann mußte freilich Wien wieder zur Stelle sein.

(Helene Potetz: „Die kleine Arbeiter-Zeitung“)

Erde. Es kamen vier Mann Polizei mit gefälltem, entschertem Karabiner und führten mich durch die Angererstraße ab. Unser Arbeiterheim stand in Flammen, ich hatte Tränen in den Augen. Ich sah meine Leute mit gesenktem Haupt. Die Heimwehr hatte Spalier gestanden in der Michael-Dittmann-Gasse und ich mußte durch. Mit Stahlhelmen hat man auf uns eingeschlagen und uns mit Fußtritten traktiert. Ich war im Niederbrechen, und nur mit letzter Kraft konnte ich mich aufraffen, um diese Tortur zu überstehen.

So starb ein Rebell

Ein Galgen ward aufgerichtet zur Nacht...
Dampf hallten die Schläge hinein in die Zelle,
in der er die letzten Stunden durchwacht.
Zwei Stunden nur noch, und die Sonne, die helle,
erstrahlet in ihrer goldenen Pracht.
Da ward er vor seine Henker gebracht.
Erhobenen Hauptes schritt er hinaus
und trat vor die Richter in schwarzen Talaren...
Lautlose Stille lag über dem Haus.
Die Richter schienen so seltsam zerfahren
und brachten nur stockend die Fragen heraus.
Er wollte nicht leugnen — und so war es bald aus.

Angeklagter, was war Ihr Rang?

Ich war Kommandant und habe alles verbochen!
Die anderen taten nur, was ich sie zwang.
Nach kurzer Beratung war das Urteil gesprochen:
Schuldig! Verurteilt zum Tod durch den Strang!
Drei Stunden noch bleiben zum letzten Gang.

Und Abschied nahm er von Weib und Kind.

Zum letztenmal hielt er die Frau umfassen,
die alles ihm war. — Und zart und lind
streichelte er seinem Söhnchen die Wangen.
Dann aber wandt' er sich ab geschwind,
von brennenden Tränen die Blicke blind.

Und er trug ihr auf eine heilige Pflicht:

„Erzieh unser Kind in unserem Geiste!
Erfüll es mit unsrer Ideen Licht
und mit Haß und Verachtung gegen die feiste
Gesellschaft, die jetzt mir das Urteil spricht.
Und haltet einst strafend Gericht!“
Und noch ein letzter Druck der Hand...
Dann wurden sie auseinandergerissen.
Die Frau, von des Abschieds Qual übermannt
hat dennoch im Trotze die Zähne verbissen
und hielt dem Furchtbaren mutig stand.
Er wandte sich schweigend, bleich wie die Wand.

Und singend schritt er zum Galgen empor,
die Hände zu drohenden Fäusten geballet...
Und trotzig erklang es, wie vielfacher Chor,
daß von den Wänden es widerhallet:

„Völker, hört die Signale,
auf zum letzten Gefecht!
Die Internationale
erkämpft der Menschen Recht.“
... der Menschen Recht!

So starb ein Rebell!

Ein vaterlandsloser, verderbter Gesell!
So heißt es doch wohl in der Sprache der Bürger...
Doch faßt euch nicht Bangen, verächtliche Würger,
und hört ihr nicht, was in den Ohren euch gellt?
So stirbt kein Verbrecher, so stirbt nur ein Held!
Und die Idee, für die er gestorben,
sie lebt unsterblich! Wenn die Fahne auch fällt,
es nehmen sie auf und tragen sie weiter
des Sozialismus begeisterte Streiter:
Verfemte von heute, doch Sieger von morgen!

Ferdinand Hildebrandt

Das vorstehende Gedicht, das dem Andenken Georg Weissels gewidmet ist, erschien in der illegalen „Arbeiter-Zeitung“ am 15. April 1934 unter einem Pseudonym. Genosse Friedrich Hillegeist hatte es sich gewählt.

Das Verhör

Als Kind proletarischer Eltern hat Weissel Not und Elend frühzeitig kennengelernt, aber auch bald begriffen, daß sich die Arbeiterklasse zur Wehr setzen müsse. Schon als junger Student betätigte er sich fleißig in der sozialistischen Bewegung. Besonders das Verhältnis des Proletariats zum staatlichen Machtapparat interessierte ihn. Das Studium der Wehrfragen war eines seiner Lieblingsgebiete. Eine Zeitlang war er Kommandant der Akademischen Legion des Republikanischen Schutzbundes, geliebt und geachtet von seinen Genossen. Nach Beendigung seiner Studien trat Weissel in den Wiener Gemeindedienst, selbstverständlich auch in seinem neuen Wirkungskreis der Alte bleibend. Jede freie Stunde widmete er der Arbeiterbewegung. Mitunter riß ihn sein revolutionäres Temperament über die Realitäten des Alltags hinweg und er träumte von dem großen Umsturz, der mit einem Schlage aller Not des Proletariats ein Ende bereiten sollte.

Der 12. Februar fand ihn auf seinem Posten. Er tat seine Pflicht, selbstlos wie immer, treu hingegen die Idee, die ihm mehr war als sein junges Leben.

Aus dem Verhör vor dem Standgericht seien einige charakteristische Stellen wiedergegeben.

Vorsitzender: Wußten Sie, daß eine Aktion gegen die Regierung im Gange ist?

Angeklagter: Gewiß.

Vorsitzender: Wenn Sie schon den Mut haben, das zu machen, und wenn Sie dem Branddirektor sagen: Ich bin Revolutionär, sollten Sie auch jetzt den Mut haben, es zuzugestehen. Geben Sie zu, daß Sie gegen die Regierung kämpfen wollten?

Angeklagter: Ja.

Vorsitzender: Wollen Sie den Namen dessen, der Ihnen den Auftrag zum Vorgehen gegeben hat, nennen?

Angeklagter: Das ist der Gaswerksarbeiter Heinz Roscher in der Leopoldau. Der Roscher erklärte mir, daß die Bewaffnung der Feuerwehrmannschaft durchzuführen sei.

Vorsitzender: Von wem hat der Roscher den Auftrag?

Angeklagter: Muß ich das angeben?

Vorsitzender: Nein. Sie haben mannhaft ein Geständnis abgelegt, schließlich brauchen Sie andere nicht hineinzuziehen. Sind die Feuerwehrleute nicht gezwungen gewesen, dem Schutzbund anzugehören?

Angeklagter: Nein, niemals.

Vorsitzender: Sind alle Ihre Leute ohne weiteres mitgegangen?

Angeklagter: Ja, ich habe meine Leute in der Hand gehabt.

Vorsitzender: Haben Sie auch geschossen?

Angeklagter: Ich habe einmal einen Schuß in das Stiegenhaus abgegeben.

Vorsitzender: Sie wurden von einem Ingenieur namens Rutter gewarnt. Warum haben

Sie trotzdem die Bewaffnung durchgeführt? Vielleicht aus Überzeugung?

Angeklagter: Ja.

Vorsitzender: Sie hätten doch noch vielleicht Gelegenheit gehabt, von Ihrem Vorhaben zurückzutreten?

Angeklagter: Diese Gelegenheit habe ich eben versäumt. Ich habe dem Branddirektor erklärt, daß ich nicht zurücktreten könne, wir stünden auf dem revolutionären Standpunkt. Als man mich neuerdings aufforderte, war es schon zu spät, der Rückzug von der Polizei bereits abgeschnitten.

Vorsitzender: Warum haben Sie sich der Polizei ergeben?

Angeklagter: Weil wir zuwenig waren.

Vorsitzender: Und wenn Sie mehr gewesen wären, hätten Sie sich nicht ergeben?

Angeklagter: Dann selbstverständlich nicht. In der Feuerwache waren etwa 60 Mann, aber nur ein Teil bewaffnet.

Staatsanwalt: Sie dachten wohl, daß Revolution ausgebrochen sei?

Angeklagter: Wir haben auf Verstärkung gewartet und damit gerechnet. Die Verstärkung ist aber ausgeblieben.

Der unmittelbare Vorgesetzte Weissels, Branddirektor Wagner, gab eine Schilderung seiner Auseinandersetzung mit dem Angeklagten, als er erfahren hatte, daß sich die Feuerwehr bewaffne. Danach meldete der Ingenieur Ruttner, ein Kollege Weissels, am Dienstag früh um 8 Uhr, daß Weissel die Feuerwehrleute bewaffne. Daraufhin habe er (Branddirektor Wagner) den Befehl gegeben, die Mannschaft sofort zu entwaffnen. Weissel mischte sich in das Telefongespräch ein, sagte, „das gehe nicht“, „das mache er nicht“... Branddirektor Wagner fragte ihn, ob er denn wahnsinnig geworden sei und Weissel antwortete: „Ich verlasse meine Kameraden nicht“ und hängte ab. Ruttner meldete sich wieder und der Zeuge gab ihm Befehl, über die Hofmauer zu klettern und die Polizei zu verständigen. Beim nächsten Anruf meldete sich der Telegraphist Maus, der wieder Weissel rief. Dieser äußerte sich auf den Befehl, die Waffen abzugeben: „Das tue ich nicht, ich bin Revolutionär.“ Der Branddirektor verständigte daraufhin das Polizeipräsidium.

Unerschrocken, wie während der Kämpfe, und mannhaft, wie während der ganzen Verhandlung, verhielt sich Weissel auch bei der Verkündung des Todesurteils.

Um 21.43 Uhr erschien der Gerichtshof wie-

Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen mitgearbeitet:

Angelika Balabanoff, Otto Bauer, Karl Blei, Julius Deutsch, Franz Fleck, Friedrich Hillegeist, Rosa Jochmann, Erich Kästner, Alfred Magaziner, Emma Mayerhofer, Rudolfine Muhr, Oscar Pollak, Helene Potetz, Friedrich Scheu, Rudolf Trimmel.

der im Saal und der Vorsitzende, Vizepräsident Hanel, verkündete das Urteil. Der Angeklagte Georg Weissel wurde des Verbrechens des Auf-
rührs schuldig befunden und gemäß § 74 StG zum Tode durch den Strang verurteilt.

Weissel nahm das Urteil völlig unbewegt auf und auf die Frage des Vorsitzenden, ob er das Urteil verstanden habe, entgegnete er mit lauter, fester Stimme: Ja.

Vorsitzender: Gegen dieses Urteil gibt es kein Rechtsmittel.

Vorsitzender: Wollen Sie einen geistlichen Beistand?

Angeklagter: Nein.

Nach Mitternacht wurde das Urteil vollstreckt.

Ungebeugt und aufrecht schritt Weissel zum Galgen, sein letztes Wort galt der Idee, für die er nun im Alter von 35 Jahren starb. Als ihm der Henker die Schlinge um den Hals legte, ertönte zum letzten Male seine Stimme: „Hoch der revolutionäre Sozialismus!“

Die gefährliche Grabinschrift

Austrofaschistische Groteske um Georg Weissels Grabstein

Die Verteidiger der österreichischen Demokratie waren niedergeworfen, der Austrofaschismus hatte seine Rache genommen. Er wurde aber weder seines Sieges noch seiner Rache froh: Aus ihren Gräbern wurden ihm die von seiner Galgenjustiz Ermordeten noch zur Bedrohung. Voller Angst bewachte er ihre Gräber, studierte argwöhnisch die Inschriften auf den Grabsteinen, ob nicht ein Wort des Gedenkens seinem brüchigen System gefährlich werden könnte.

Nur aus dieser erbärmlichen Angst der vielfach schuldigen Unterdrücker der Freiheit des österreichischen Volkes ist die makabre Groteske zu verstehen, die sich um den Grabstein Georg Weissels abspielte, des Kommandanten und Verteidigers der Floridsdorfer Feuerwache, den die traurigen Sieger an einen ihrer Galgen gehängt hatten.

Im August 1935 machte die Wiener Polizeidirektion in einem „vertraulichen“ Schreiben die Magistratsdirektion der Hauptstadt darauf aufmerksam, daß auf dem Grabstein Georg Weissels die Worte standen:

„EIN STEIN UNTER STEINEN IM AUFBAU DER MENSCHHEIT“

Diese schlichte Ehrung schien der in die vormärzliche Tradition zurückgesunkenen Leitung der Wiener Polizei so unheimlich und gefährlich, daß sie — höchst vertraulich natürlich — „zur Erwägung stellte“,

„... ob nicht etwa die für die Aufstellung von Grabdenkmälern bestehenden Vorschriften eine Handhabe dafür bieten, die Abänderung beziehungsweise Entfernung der in der Inschrift enthaltenen letzterwähnten Worte zu veranlassen.“

Die ganze hinterhältige Tücke und zugleich die ganze Schwäche des Austrofaschismus enthüllt sich da. Trotz seiner autoritären Machtfülle fehlte ihm zur Brutalität anderer faschistischer Systeme die Kraft, deshalb versuchte er sich hinter den Vorschriften der Friedhofsordnung zu verstecken. So ängstlich und zugleich so kläglich war die „starke Hand“, die angeblich die absolute Macht nur an sich gerissen hatte, um das Land vor dem brutalen Gegner zu schützen, der drüben im Deutschen Reich seine Herrschaft aufgerichtet hatte.

Die Magistratsdirektion war auch nicht besser als die Polizeidirektion. Sie wagte es nicht, der Polizei einfach zu sagen, daß es für sie in dem Lande, in dem die Gefolgsleute Hitlers an allen Ecken und Enden lärmten und den Untergang Österreichs vorbereiteten, anderes zu tun gäbe, als sich mit Grabinschriften zu beschäftigen. Sie wollte es aber auch nicht auf sich nehmen, die Inschrift, die an das Gewissen der Überlebenden rührte, von dem Stein zu kratzen. Sie wollte sich darum herumdrücken. Und so verfiel sie auf einen nieder-

trächtigen Ausweg: Sie stürzte sich auf eine, wie sie wohl glaubte, wehrlose und leicht einzuschüchternde Frau. Maria Weissel, die Witwe des Hingerichteten, wurde vorgeladen. Man kennt ja die Methode, die bei dergleichen Gelegenheiten angewendet wird: Zuerst kommt man dem Opfer biederemännisch und mit falschem Wohlwollen, verfängt das nicht, hat man noch immer die Drohung zur Verfügung.

Die Worte auf dem Grabstein ihres Mannes seien eine politische Kundgebung, gab man Maria Weissel zu bedenken, sie widersprächen der Weihe und dem Ernst des Friedhofes, wurde behauptet. Aber die Frau, der man so Furchtbares angetan hatte, ließ sich weder überreden noch einschüchtern. Die Inschrift entspreche ihrem Pietätgefühl, und daher sehe sie nicht ein, warum sie die Worte entfernen solle, erklärte sie erst mündlich und dann schriftlich.

Da die aufrechte Frau den Herrschaften also nicht den Gefallen tat, die Inschrift „freiwillig“ zu beseitigen, schickte man ihr einen Befehl ins Haus, in dem es schroff hieß:

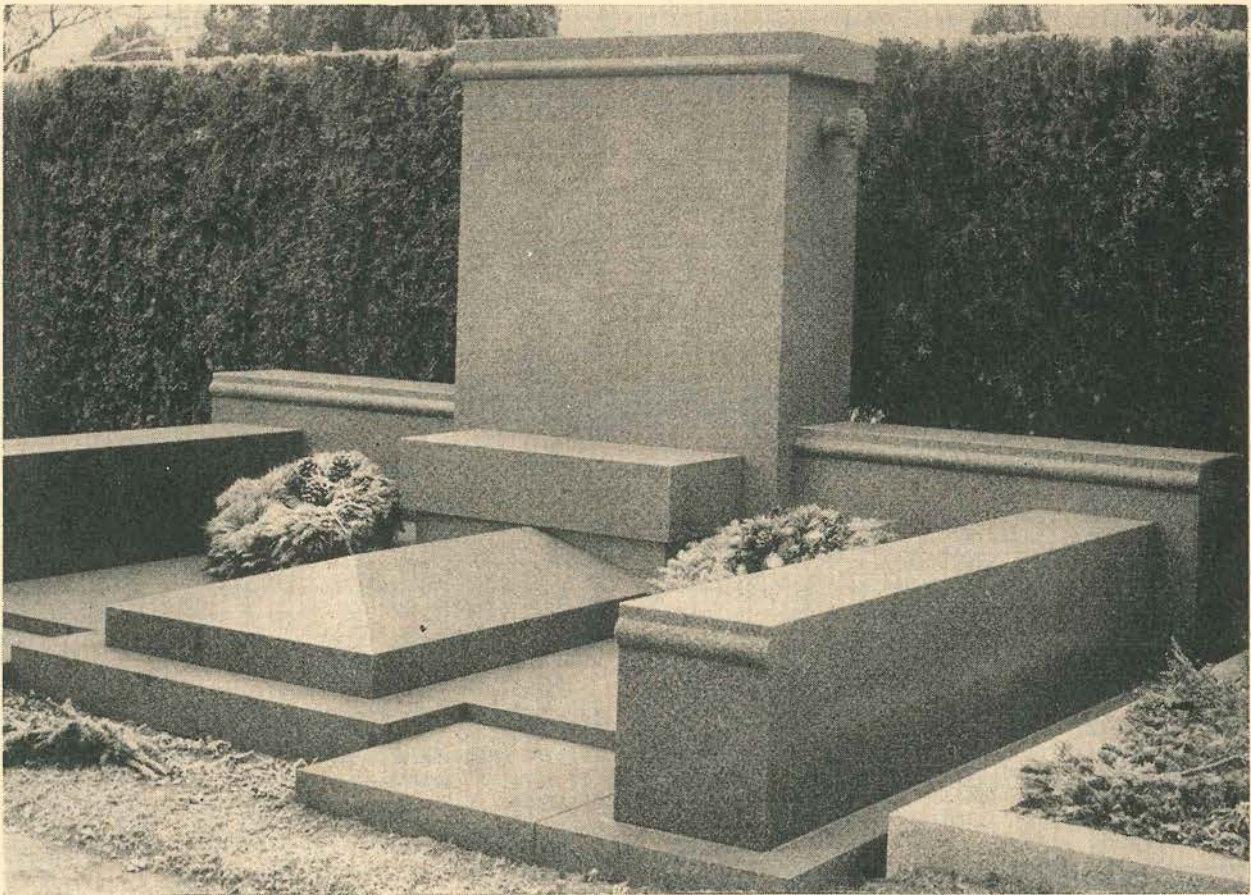
„Diese Grabinschrift ist binnen zwei Wochen nach Zustellung dieses Bescheides zu entfernen. Bei Nichtbefolgung dieser Aufforderung wird die erwähnte Inschrift auf Gefahr und Kosten der säumigen Partei von Amts wegen entfernt.“

Und dann kam die Berufung auf einen Paragraphen der Begräbnis- und Gräberordnung der Wiener Friedhöfe. Welch ein makabrer Hohn! Neben dem exhumierten und mißbrauchten „kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz“ wurde die Friedhofsordnung zu einem Bestandteil der „gesetzlichen Grundlage“ dieses verachteten und blutigen Zwangssystems.

Maria Weissel gab aber auch jetzt nicht nach, sie legte gegen den Bescheid Berufung ein und wandte sich mit einer Beschwerde an den Bundesgerichtshof. Würdig und schlicht erklärte sie in der Berufung, daß sie, als sie ihrem Gatten einen Grabstein setzte, durch ein Wort seinem Wesen gerecht werden wollte.

Selbstverständlich wurde die Berufung verworfen, weniger selbstverständlich, sondern einfach eine Schande war es, daß die hohen und gelehrten Herren des Bundesgerichtshofes gleichfalls den § 22 der Begräbnis- und Gräberordnung schwenkten, als sie die Beschwerde abwiesen. Die Inschrift, sagten sie in ihrer Begründung, widerspricht der Weihe und dem Ernst des Friedhofes und ist demnach im Sinne des § 22 der Begräbnis- und Gräberordnung unzulässig.

Wozu man nur bemerken kann, daß ein solches Urteil jedenfalls der Würde und dem Ernst eines so hohen Gerichtshofes widersprach und daher ganz und gar unzulässig war.



Nachdem die Instanzen sich so gegen Maria Weissel verschworen hatten, tauchte auch noch die Idee auf, die unangenehm hartnäckige Frau gerichtlich verfolgen zu lassen. Der Gedanke wurde fallengelassen. Wahrscheinlich, weil man fürchtete, die Angelegenheit könnte zu große Kreise ziehen und vielleicht auch noch das Ausland auf die gefährliche Inschrift auf dem gefährlichen Grab aufmerksam machen.

Dafür aber setzte man die Sekkatur fort und suchte Frau Weissel auch noch finanziell zu treffen. Durch neue Erhebungen wurde erkundet, wie es mit ihrem Einkommen stehe, und die Weisung erteilt, „dem bescheidgemäßen Zustand von Amts wegen herstellen zu lassen“. Die Kosten, die mit 112 Schilling berech-

net wurden, sollten „von der Partei, allenfalls in Raten, eingebracht werden“. Da man aber daran zweifelte, daß dies möglich sein werde, sollte bei der Beseitigung der Inschrift möglichst sparsam vorgegangen werden.

Am 5. August 1936 war man endlich so weit, die gefährliche Inschrift war von der städtischen Steinmetzwerkstatt abgeschliffen worden. Die hatte überraschend billig gearbeitet, so daß die Kosten bloß 65 Schilling und 70 Groschen betrugen. Diese mußte Maria Weissel nach neuem Schriftwechsel und zahlreichen Amtsvermerken in Monatsraten von je 4 Schilling bezahlen. So erwies sich der Austrofaschismus auch in der ihm durchaus angemessenen Rolle des Grab-schänders als schäbig bis zum letzten.

*Alles kann den Sterblichen genommen werden,
Nur nicht der Geist, den sie errungen.
In Not und Finsternis haben wir der Freiheit Geist
uns erzwungen,
Ihn hat auch der Galgen nicht bezwungen.
Brüder, Schwestern, verweilt nicht in der Friedhofstille!
Den alten Kampf gilt es aufs neue zu beginnen.
Was wir verloren, werdet ihr gewinnen.*

Einigung zu Hainfeld

Am 30. Jänner 1884 war über Wien und die Gerichtsbezirke Floridsdorf, Korneuburg und Wiener Neustadt der Ausnahmezustand verhängt worden. Während die Regierung Bismarcks in Deutschland der Meinung war, ein eigenes Gesetz zu brauchen, um die Sozialdemokratie niederwerfen zu können, schien das den Machthabern in Österreich auf viel einfacherem Weg erreichbar zu sein. Was brauchten sie, die gewohnt waren, sich um kein Gesetz zu kümmern, erst ein eigenes Gesetz, um eine Partei außerhalb der Gesetze zu stellen? Ein Federstrich genügte, den wirklichen Zustand der Ungesetzlichkeit mit jenem papierernen Schein zu umhüllen, der die dürftige rechtliche Form darzustellen hatte.

Mit einem Schlage wurden alle Vereinigungen der Arbeiter aufgelöst, die Zeitungen unterdrückt, die Versammlungen verboten — und viele hunderte Vertrauensmänner wanderten ins Gefängnis. Es war gefährlich, Sozialdemokrat zu sein.

Aber die Arbeiter hielten aus. Trotz Jammer und Not, trotz Kerker und Verfolgung blieben sie ihren Idealen treu. Freilich, es war damals nicht so einfach — trotz bestem Willen — dem Sozialismus zu dienen, denn es gab nicht eine, sondern zwei Parteien, die für die Arbeiterklasse kämpften. Hatte sich ein Arbeiter schon mit den Bütteln der Herrschenden und ihren Missetaten abgefunden, dann galt es erst, das noch viel Schwierigere zu tun, nämlich sich mit den eigenen Klassengenossen auseinanderzusetzen.

In den verborgenen Schlupfwinkeln, in denen die Arbeiter zu politischem Tun zusammenkamen, wurde eifrig diskutiert. Wer hatte recht, Gemäßigte oder Radikale? Wem sollte der einfache Arbeiter, der den schwierigen Auseinandersetzungen der Wortführer der beiden Richtungen lauschte, Glauben schenken? Es fiel schwer, sich zu entscheiden. Unterdessen ging der Kampf der Regierenden mit der gleichen Schärfe gegen beide Richtungen der Arbeiterbewegung weiter. Ob gemäßigt oder radikal — das war den Machthabern gleich. Wer sich zum Sozialismus bekannte, ob es nun diese oder jene Schattierung war, verfiel der grausamsten Verfolgung.

Trotz alledem und alledem!

In diesen Tagen erschien ein Aufruf zur Gründung einer neuen Zeitung. So schwer es unter dem Ausnahmezustand war, ein Arbeiterblatt erscheinen zu lassen, wurde der Versuch doch gewagt. Das neue Blatt, „Die Gleichheit“, machte es sich zur Aufgabe, zu dem Richtungsstreit nicht Stellung zu nehmen, was der Aufruf so ausdrückte: „Der Arbeiterschaft ohne Rücksicht auf Fraktionsunterschiede eine nun in Wien schon lange und schwer entbehnte Waffe im Kampf für ihr gutes Recht und die

von ihr erkannte Wahrheit zuzuführen, ist die offene Absicht und der einzige Zweck dieses Unternehmens.“

Die „Gleichheit“, von Victor Adler geführt, hat treulich gehalten, was ihre Gründer in diesen Sätzen versprochen hatten. Sie diente nicht einer Richtung, sondern der ganzen Arbeiterbewegung. Ihrem Wirken ist es nicht zum geringsten zuzuschreiben, daß allmählich eine Klärung eintrat und die österreichische Arbeiterklasse reif für den Einheitsparteitag zu Hainfeld wurde.

Als sich am vorletzten Tag des Jahres 1888 die Abgesandten der österreichischen Sozialdemokratie in dem kleinen niederösterreichischen Industriestädtchen zusammenfanden, das ein liberaler Bezirkshauptmann liberaler verwaltete als seine Amtsgenossen in anderen Städten, war ein folgeschwerer Entschluß zu fassen. Es galt, die einigende Formel zu finden, die den langjährigen Bruderzwist innerhalb der österreichischen Arbeiterbewegung beenden sollte. In vielen Verhandlungen, die vor dem Parteitag geführt wurden, hatte man sich auf einen gemeinsamen Entwurf eines Parteiprogramms geeinigt, der den Ansichten beider Richtungen Rechnung zu tragen versuchte. Die umstrittene Forderung nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht, die bisher von den Radikalen aus prinzipieller Gegnerschaft zum Parlamentarismus abgelehnt worden war, wurde in dem Entwurf aufgenommen, aber mit einer Begründung versehen, die es möglich machte, daß auch die Radikalen für sie stimmen konnten. Die betreffende Stelle lautete:

„Ohne sich über den Wert des Parlamentarismus, einer Form der modernen Klassenherrschaft, irgendwie zu täuschen, wird sie das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für alle Vertretungskörper mit Diätenbezug anstreben, als eines der wichtigsten Mittel der Agitation und Organisation.“

Schon bei der Formulierung dieser Forderung war die Meisterhand Victor Adlers zu spüren. Viel mehr aber noch bei der Stilisierung der prinzipiellen Einleitung des Entwurfes, die die prachtvollen Sätze enthält:

„Das Proletariat politisch zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist daher das eigentliche Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich, zu dessen Durchführung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird.“

Mit dieser Zielsetzung waren sowohl die Radikalen sowie die Gemäßigten einverstanden. Unter großem Beifall aller Delegierter erklärten die Wortführer der beiden Richtungen ihr Einverständnis. Nur eine ganz kleine Gruppe, die

Arbeiter!

In Oesterreich, besonders in Wien unter dem Ausnahmestand ein Blatt herauszugeben, welches auf dem Standpunkte der sozialdemokratischen Arbeiterpartei steht, ist bekanntlich keine leichte Aufgabe. Wenn man aber die Nothwendigkeit eingesehen, den bewußten Genossen ein Organ zur Verständigung, der leider noch so großen, unübersehbaren Masse der Indifferenten eine Gelegenheit zur Aufklärung über ihre eigenen Interessen zu bieten, so muß man sich eben entschließen, den engen Elbogenraum, den unsere Pressverhältnisse uns noch lassen, Zoll für Zoll in jeder denkbaren Art auszunützen.

Der Arbeiterschaft ohne Rücksicht auf Fraktionsunterschiede, eine nun in Wien schon lange und schwer entbehrt Waffe im Kampfe für ihr gutes Recht und die von ihr erkannte Wahrheit zuzuführen, ist die offene Absicht und der einzige Zweck dieses Unternehmens.

Der Arbeiterklasse ist die weltgeschichtliche Aufgabe zugefallen, Trägerin der kommenden Gesellschaftsordnung zu sein. Dazu hat sie sich geistig und körperlich geeignet zu machen und zu erhalten. Sie wird geistig in den Stand gesetzt, ihre Pflicht zu thun, wenn sie sich von dem Bewußtsein ihrer Aufgabe durchbringen läßt, wenn sie die ökonomischen und politischen Bedingungen ihres Sieges klar erkennt. Darum vor Allem: Erkenntnis der Solidarität der Arbeiterklassen aller Nationen; Verbreitung und Vertiefung des Klassenbewußtseins, offene Organisation als politische Partei; Kampf für politische Freiheit, für das Recht auf freie, unbeschränkte Meinungsäußerung.

Um sich aber gegen die physische Degenerierung zu wehren, welche das herrschende Wirtschaftssystem über die Arbeiterklasse verhängt, hat sie Arbeiterschutzgesetze durchzusetzen, und hat jeder einzelne Arbeiter die Pflicht, ihre Durchführung eifrig und energisch zu überwachen. Diesen beiden Zielen wird unser Blatt dienen!

Jeder Tag bringt uns neue Beweise dafür, daß die Arbeiter Oesterreichs in ihrer großen Mehrzahl der Ansicht sind, daß eine offene und zielbewußte Propaganda in Wort und Schrift, trotz aller Schwierigkeiten, die einzige ist, die Erfolg haben kann, und daß es unmöglich ist, sie auf die Dauer zu unterdrücken. Daraus schöpfen wir die Zuversicht, daß unsere Genossen den neuen Mitstreiter für die Sache der Arbeiterklasse zustimmend begrüßen werden.

Wir können heute schon berichten, daß eine Anzahl von erprobten Genossen des In- und Auslandes unser Unternehmen durch Mitarbeit zu fördern zugesagt haben und diesem Versprechen auch zum Theile bereits die That haben folgen lassen. So werden wir nach und nach in die Lage kommen, unsern Lesern ein klares und vollständiges Bild der internationalen Arbeiterbewegung bieten zu können, welches die Fälschungen der Bourgeoisblätter nur entstellt wiedergeben.

Wir stellen weiter unser Blatt auch jedem einzelnen Genossen zur Verfügung, der in angestrebtem Kampfe gegen die Ausbeutung des Kapitals ringt; wir werden den Arbeitern ebenso im Lohnkampfe zur Seite stehen, als jeden einzelnen Fall von Verletzung unserer ohnehin unzureichenden Arbeiterschutzgesetze, der zu unserer Kenntnis kommt, durch Veröffentlichung brandmarken.

Um unsere Aufgabe zu erfüllen, bedürfen wir des Vertrauens aller Parteigenossen. Die Verbreitung unserer Ideen in der Öffentlichkeit kann nur durch die Theilnahme Aller, welche die endliche Befreiung aller Menschen vom Joche des Kapitals erhoffen und anstreben, mit Erfolg geschehen.

Genossen! prüft, was wir Euch vorlegen! und wenn Ihr findet, daß es der großen Sache nützt, so wirkt für die Verbreitung dieses Organes, welches das Eure ist!

Dr. Victor Adler

Herausgeber.

E. A. Bretschneider

Redakteur.

Wir laden alle Genossen ein zum Abonnement der

„Gleichheit“

sozial-demokratisches Wochenblatt.

Die „Gleichheit“ ist ein nach jeder Richtung hin unabhängiges Blatt, steht auf dem Standpunkte der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und wird daher mit aller Energie die Interessen des arbeitenden Volkes vertreten; sie wird alle sozialen, wirtschaftlichen und politischen Tagesfragen in klarer und belehrender Weise behandeln und auch in Feuilletons Unterhaltendes und Aregendes bringen.

Die „Gleichheit“ erscheint jeden Samstag in der Stärke von 8—12 Seiten, und kostet für Oesterreich-Ungarn ganzjährig 3 fl., halbjährig 1 fl. 50 kr., vierteljährig 75 kr., monatlich 25 kr. Einzelne Exemplare kosten 6 kr.

Für Deutschland ganzjährig 6 M., halbjährig 3 M., vierteljährig 1 M. 50 Pf.

Für die Länder des Weltpostvereins ganzjährig 8 Frs., halbjährig 4 Frs., vierteljährig 2 Frs.

Man abonnirt am besten mittelst Postanweisungen und sind alle Zuschriften und Geldsendungen zu richten an die

Redaktion und Administration
der

„Gleichheit“

VI. Gumpendorferstraße 79.

Karl Kautsky, der Altmeister des Marxismus, der am Hainfelder Parteitag als Generalredner der übergroßen Mehrheit des Kongresses sprach, konnte mit überlegener Ironie diese

in Erwägung, daß die Einigung der Partei dem energisch geäußerten Willen der Genossen im ganzen Lande entspricht, beschließt der Parteitag einstimmig in Anwesenheit von Mitgliedern beider ehemals bestandenen Fraktionen:

Der Parteitag erklärt den Parteizweck und die Annahme des Programms für beendet und erwartet von jedem Parteigenossen ehrliches und brüderliches Eintreten für die Gesamt-

[illegible]

„In Erwägung, daß der Zwist der Fraktionen die Interessen der Partei und somit der Arbeiterklasse schwer geschädigt hat, daß die Entwicklung der Partei jene wenigen Streitpunkte beseitigt hat, welche, durch Ränke und den Druck der Feinde der Arbeiterklasse sowie durch verwerfliche Pflege des Personenkults in

Schon die nächsten Wochen, die dem Hainfelder Parteitag folgten, bewiesen die große Bedeutung der erfolgten Einigung. Sie führte im politischen wie im gewerkschaftlichen Leben zu gesteigertem Kampfeifer der proletarischen Massen. Das Ringen um das Wahlrecht nahm von Monat zu Monat immer leidenschaftlichere Formen an.

Auf wirtschaftlichem Kampfgebiet folgte gleichzeitig eine gewerkschaftliche Aktion nach der anderen. Der Aufstieg der österreichischen Arbeiterklasse offenbart sich in der ersten Maifeier im Jahre 1890, die zu einem Triumph der barbarisch verfolgten und nun über alle Verfolgungen siegreich hinwegschreitenden Sozialdemokratie wurde!

Seitdem sind viele Jahre vergangen. Der Geist, der zu Hainfeld die Einigung vollzog und mit ihr die programmatischen Grundlagen für den Aufstieg der österreichischen Arbeiterpartei schuf, ist bis auf den heutigen Tag lebendig geblieben. Dieser Geist des Kampfes wird die Arbeiterklasse zum endgültigen Sieg führen.



Zum deutschen Rückerstattungsgesetz

Anmeldungsfrist bis 31. März 1959 verlängert

Das Internationale Auschwitzkomitee hat dem Finanzministerium in Bonn den Beweis dafür angeboten, daß die Effekten, die den in Auschwitz Ankommenden von der SS abgenommen wurden, von dieser auf das Gebiet der heutigen Bundesrepublik zur weiteren Verwertung transportiert worden sind. Auf Grund dieser Tatsache können alle ehemaligen Auschwitzhäftlinge, denen in Auschwitz Wertgegenstände abgenommen worden sind — oder deren Hinterbliebene —, ihre Ansprüche nach dem Bundesrückerstattungsgesetz geltend machen.

Die Anmeldefrist ist bis zum 31. März 1959 verlängert worden.

Einige Bestimmungen dieses Gesetzes sind noch zu klären. Unter anderem die Klarstellung, ob der Wert der bei der Ankunft in Auschwitz beschlagnahmten Gegenstände 1000 DM heutiger Währung betragen muß, damit eine Anspruchsberechtigung gegeben ist, oder ob die Wertgrenze nicht vielmehr mit 100 DM zu verstehen ist.

Eine Bitte an unsere Mitarbeiter

Wir bitten die Genossen, die uns Briefe, Berichte oder Beiträge einsenden, welche für unsere Zeitung „Der sozialistische Kämpfer“ bestimmt sind, alle Manuskripte mit einer Zeile Zwischenraum (zweizeilig) abzufassen und den Bogen Papier nur einseitig zu beschreiben.



Ein Aufruf der Ravensbrücker

Im Häftlingsbunker des ehemaligen Konzentrationslagers Ravensbrück wird zum Gedächtnis der 92.000 Toten eine Gedenkstätte und ein Museum errichtet werden. Die feierliche Eröffnung soll am 12. September 1959 stattfinden. Für die Ausgestaltung des Internationalen Museums und der Nationalen Museen haben wir uns mit den Kameradinnen von 18 Ländern verpflichtet.

Wir haben bisher schon sehr wertvolles Material von unseren Kameradinnen erhalten, und zwar sowohl für das Nationale als auch für das Internationale Museum. Wir brauchen aber noch dringend Photos und Lebensbeschreibungen von toten Kameradinnen von Ravensbrück und anderen Frauenkonzentrationslagern, Frauen-Gefängnissen und Gettos. Größte Bedeutung für das Museum haben: Schutzhaftbefehle, Urteile, Abschiedsbriefe oder letzte Briefe, Gedichte, Zeichnungen (von denen wir auf Wunsch Photokopien anfertigen lassen). Außerdem benötigen wir noch Lagerkleidung, -wäsche, -schuhe (Holzpantinen), -eßgeschirr, -nummer, -winkel, -geld usw. Überhaupt alle Gegenstände, die über das harte Lagerleben Aufschluß geben, die den Kampf, die Opfer und die Leiden der österreichischen Frauen im Widerstandskampf und die Barbarei des Nationalsozialismus ausdrücken. Zeitungsausschnitte und Bilder (auch illegale Flugzettel) aus dieser Zeit wären besonders wertvoll für das Museum; ebenso Material, welches über die illegale Wühlarbeit der SS und der SA als die Wegbereiter des Überfalles auf Österreich Aufschluß gibt sowie über die Schreckensherrschaft in den Konzentrationslagern, Gefängnissen, Arbeitslagern und Gettos Zeugnis gibt.

Kameradinnen und Kameraden! Wir sind uns bewußt, daß jedem von uns die Trennung von Andenken aus der schwersten Zeit seines Lebens schwerfällt. Aber bedenkt, daß es von eurer Einsicht und Opferbereitschaft abhängen wird, den Museumsbesuchern in Gegenwart und Zukunft unauslöschliche Eindrücke über die tatsächliche Größe des Widerstandskampfes der österreichischen Frauen für die Befreiung der geliebten Heimat vom Joch der nazistischen Barbarei zu vermitteln.

In ganz kurzer Frist müssen wir die Vorarbeiten für das Museum beenden. Wir bitten alle Kameradinnen und Kameraden um ihre Mitarbeit und um rasche Einsendung der Exponate zur Gestaltung des Museums in Ravensbrück. Helft alle mit, daß das österreichische Museum in Ravensbrück der Größe der Opfer österreichischer Frauen würdig gestaltet werden kann!

WIR BITEN um Nachricht

Wer kennt Zygmunt-Lukas Wolentarski?

WOLENTARSKI Zygmunt-Lukas, geboren 17. Mai oder 17. Oktober 1901 in Warschau, Sohn des Josef und der Franziska, geborene Sokolska. Seine Gattin: Janina Wolentarski, Starogard (Polen).

Vermißt seit dem 31. Mai 1945. War zuletzt in Sachsenhausen. Im Jahre 1944 kam Zygmunt-Lukas Wolentarski ins Konzentrationslager Sachsenhausen. Er gehörte zweifellos zu der Gruppe, die Ende April 1945 im Krankenhau im Sachsenhausen zurückblieb. Jedenfalls stammt seine letzte Nachricht vom 31. Mai 1945 aus Sachsenhausen. Er wird von seiner Gattin, die in Polen lebt, gesucht.

Zweckdienliche Angaben bitten wir an uns zu senden. Wir werden sie an seine Gattin weiterleiten.

Wer kennt Karl Wenk?

Der Name kann auch Fenk oder Venk Karl (Anton) heißen, und wir bitten alle Genossen, die sich an Häftlinge dieses Namens aus einem KZ erinnern können, uns zu schreiben; auch ohne Nationale, da es sich um eine Ausforschung handelt.

Insbesondere wäre zu erwähnen, wann die Genannten Häftlinge eines Konzentrationslagers waren und in welchem Lager sie sich befunden haben.

Man schreibt uns!

Wir antworten!

Schon wieder Harlan-Filme

Deutsche Filmproduzenten bemühen sich in diesen Tagen neuerdings darum, in der Schweiz die Vorführung eines Harlan-Films („Das dritte Geschlecht“, der das Problem der Homosexualität behandelt) durchzusetzen. Es erscheint daher angezeigt, daran zu erinnern, daß die bisher unternommenen Versuche, Nachkriegsfilmen Veit Harlans Eingang in die Schweizer Lichtspieltheater zu verschaffen, an der Wachsamkeit und am entschiedenen Widerstand der schweizerischen Öffentlichkeit gescheitert sind; diese lehnte aus menschlicher Sauberkeit einen Regisseur ab, dessen Pogromfilm „Jud Süß“ — einem Urteil des Obersten (deutschen) Gerichts in der britischen Zone vom Jahre 1949 zufolge — „ein nicht unwesentliches Werkzeug der zur Vernichtung der Juden gehörigen Hetze“ des Dritten Reiches bildete. Es gilt heute ungeschmälert, was der Regierungsrat des Kantons Zürich vor einigen Jahren erklärt hat: daß eine öffentliche Aufführung von Harlan-Filmen hierzulande unerwünscht ist, weil Harlan „den verabscheuungswürdigen Verbrechen des Nationalsozialismus mindestens Vorschub geleistet hat“.

Zu Beginn des Jahres hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe den Kampf, den der Hamburger Senatsdirektor Erich Lüth gegen die Aufführung von Harlan-Filmen in Deutschland führt, mit der Begründung geschützt, daß Lüth im Wiederhervortreten Harlans „einen im Interesse des deutschen Ansehens in der Welt zu beklagenden Vorgang“ sehen durfte. Und zum Beweis dafür, daß Lüth nicht ohne triftigen Grund um den guten Namen Deutschlands besorgt ist, führt das Urteil unter anderem die Ablehnung an, auf die die neuen Harlan-Filme wegen der Person ihres Regisseurs in der Schweiz gestoßen sind. Es wäre gewiß traurig, zu Zweifeln an dieser Feststellung Anlaß zu bieten und Harlan und seinem Anhang zu einem billigen Triumph über diese die Schweiz ehrende Urteilsbegründung des höchsten deutschen Gerichts der Deutschen Bundesrepublik zu verhelfen.

B. S. (Zürich)

*

Die Propagandisten der Harlan-Filme scheinen die Chance, dem „Prestigeregisser des Dritten Reiches“ ein Come-back in der Schweiz zu verschaffen, selber nicht allzu hoch einzuschätzen. Sonst würden sie nicht mit dem zwar „zügigen“, aber irreführenden Argument operieren, der neue Harlan-Film „Das dritte Geschlecht“ sei — nach Israel verkauft! Das Generalkonsulat von Israel in Zürich sah sich veranlaßt, dieser dreisten Behauptung ein glattes Dementi entgegenzustellen. Darüber hinaus ließ es die schweizerische Öffentlichkeit wissen, es sei „berechtigt mitzuteilen, daß dieser Film, sollte er auf irgendeinem Weg nach Israel gelangen, in Israel nicht öffentlich aufgeführt werden kann...“.

Ein österreichisches Museum in Ravensbrück

Werte Kameraden!

Wir wenden uns an euch mit der Bitte um Veröffentlichung beiliegenden Aufrufes zur Sammlung von Material zur Ausgestaltung des Österreichischen Museums und des Internationalen Museums in Ravensbrück. Die feierliche Eröffnung wird am 12. September 1959 stattfinden. Die Vorarbeiten zur Sammlung des Materials müssen wir in kurzer Zeit beenden. Das Material soll die Darstellung des Kampfes und die

Opfer der Österreicherinnen im Widerstandskampf ohne Unterschied der Weltanschauung, Religion, der gesellschaftlichen Stellung ermöglichen.

Mit unserem Ersuchen um Veröffentlichung unseres Aufrufes zur Sammlung von Material für das Museum in Ravensbrück bringen wir gleichzeitig unsere besten Wünsche zum Jahreswechsel zum Ausdruck; daß Jahr 1959 möge ein Jahr der Erfüllung der gerechten Ansprüche aller ehemals politisch verfolgten und ein Jahr des Friedens für alle Völker werden.

*

Wir veröffentlichen den Aufruf der Lagergemeinschaft Ravensbrück an anderer Stelle*) unserer Zeitung und bitten um rege Mitarbeit.

Aus dem Wiener Landesverband

1934 — 12. Februar — 1959

Anläßlich des 25. Jahrestages des 12. Februar 1934 will der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus im Einvernehmen mit dem Vorstand der Sozialistischen Partei Österreichs ein künstlerisch ausgefertigtes Ehren-, Erinnerungs- und Dank-Gedenkblatt an alle Mitglieder der SPÖ ausgeben, welche als Februarkämpfer oder auch als illegale Mitarbeiter, Förderer und Helfer der revolutionären Sozialisten (RS), der Sozialistischen Arbeiter-Hilfe (SAH), des illegalen Schutzbundes (SchB) oder der Roten Front für ein freies und demokratisches Österreich eingetreten sind.

Da während der Jahre des Faschismus ohne Mitgliederlisten und ohne Kartei, vorwiegend mit Decknamen und nur in sogenannten Fünfergruppen gearbeitet wurde, benötigt der Bund Namen, Geburtsjahr und Adresse aller in Betracht kommenden Parteimitglieder. Außerdem mögen auch Zeiten der Haft (Polizei, Gefängnis, Kerker, Zuchthaus, Anhaltelager, Emigration), Zahl der Hausdurchsuchungen, aber auch Zeiten der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei oder Sozialistischen Arbeiter-Jugend (SAJ) vor 1934 und zur Sozialistischen Partei nach 1945 angegeben werden.

Für justifizierte, in der Haft oder nach 1945 verstorbene Parteimitglieder, für welche ebenfalls Meldung erstattet werden soll, soll das Gedenkblatt den nächsten Familienangehörigen überreicht werden.

Es sollen auch Name und Anschrift von im Ausland lebenden Genossinnen und Genossen gemeldet werden.

*) Vgl. S. 36.

Arbeiter!

Angestellte!

Entlehnt Bücher der Betriebsbüchereien!

Betriebsrat!

Sorge für den Ausbau der Betriebsbücherei!

**Die Betriebsbüchereien
werden betreut durch die**

Reise- u. Versandbuchhandlung

des

**Österreichischen
Gewerkschaftsbundes**

Wien I, Hohenstaufengasse 10

und durch die

Kammern für Arbeiter und Angestellte

Der Bund will kein Mitglied der SPÖ, bei welchem eine oder die andere aufgezählte Voraussetzung zutrifft, vergessen. Dazu benötigen wir die erforderlichen Unterlagen. Doppel-meldungen oder Meldungen von mehreren Seiten sind wert-voller als keine Meldung in der Annahme, die Betroffenen werden sich selbst melden oder sie werden von einer anderen Stelle gemeldet.

Die Meldungen sind in der Zentrale des Bundes oder der Partei in Wien I, Löwelstraße 18, oder bei den Landes- beziehungsweise Bezirksgruppen des Bundes oder in den Landes-beziehungsweise Lokal- oder Bezirkssekretariaten der SPÖ abzugeben oder dorthin einzusenden.

Die Bezirke berichten:

Margareten

Maria Sigmund †. Am 9. Oktober 1958 ist nach kurzem, schwerem Leiden unsere Genossin Maria Sigmund im 84. Lebensjahre sanft entschlafen. Mit ihr verlieren wir eine liebe vertraute Genossin, die wir niemals vergessen werden.

Simmering

Karl Hink †. Der Kreis der Freiheitskämpfer ist wieder kleiner geworden; um unseren Genossen Karl Hink, einem echten „Simmeringer“. Nur wer diesen treuen, unerschrockenen und lebenswerten Genossen gekannt hat, kann ermessen, was jeder einzelne, der das Glück hatte, ihn zu kennen, an ihm verloren hat. Er ist durch alle Sparten der Armut, der Arbeitslosigkeit, der Unterdrückung gegangen, aber in keiner Stunde seines Lebens — und dies gilt von seiner frühesten Jugend an — konnte ihn sein persönliches Schicksal entmutigen. Denn er war ein begeisterter Sozialist, der in jeder Situation den Mut hatte, nicht nur den Gegner sondern auch den besten Freund und Genossen zu kritisieren, wenn er der Meinung war, daß anders zu handeln der Partei dienlicher sein würde.

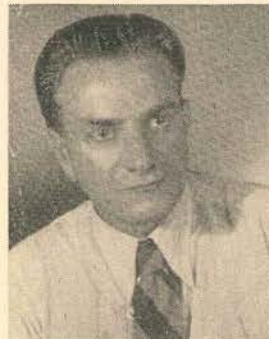


Er war Schutzbündler aus Überzeugung. Er, der niemals über sein eigenes Los klagte, war verzweifelt, als uns die Fahne aus der Hand geschlagen worden ist. Und er war unter den ersten, die diese Fahne durch alle Gefahren und durch die Dunkelheit trugen. Genosse Hink gehörte seit 1915 der Arbeiterjugend an und wurde 1918 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Als Mitglied des Republikanischen Schutzbundes war er 1934 einer der vielen, die in Simmering für die Demokratie kämpften. 1945 wurde er Sektionsleiter und Bezirksrat. Nach einer schweren Krankheit mußte er diese Funktion zurücklegen. Seit mehr als einem Jahr, nach Besserung seines Zustandes, war er wieder Sektionsleiter. Er hatte etwas, was man mit Worten nicht ausdrücken kann: Man mußte nicht immer seiner Meinung sein, aber man spürte immer seine Wahrhaftigkeit und sein glühende Liebe zur Partei. Man mußte ihn einfach gern haben.

Um ihn trauert nicht nur seine Familie, um unseren „Hink Karl“ trauert jeder, der schmerzvollst zur Kenntnis nehmen mußte, daß der unermüdete und unerschrockene Kämpfer einem Unfall zum Opfer fiel. Er gehört zu jenen, die wir niemals vergessen und der uns stets Vorbild bleibt.

Ottakring

Ludwig Heinemann †. Unser treuer Freund Heinemann, der Kampfgefährte einer schweren, heroischen Zeit, ist nicht mehr. Die Lücke in unseren Reihen ist größer, unsere Partei ist um einen aufrechten Sozialisten, um einen mutigen Freiheitskämpfer ärmer geworden.



Hineingeboren in eine Zeit, da die Arbeiterschaft rechtlos und unterdrückt war, hat er frühzeitig Not und Elend kennengelernt. Seine Mutter, eine Hilfsarbeiterin, sein Vater, ein Arbeiter des Brauhauses Liesing, konnten trotz fleißiger Arbeit kaum das Notwendigste für den Unterhalt der Familie aufbringen.

Aber schon mehrten sich die Zeichen, daß eine andere Zeit im Kommen ist. Unter Victor Adler organisierte sich die Arbeiterschaft, um für sich ihr Recht zu fordern.

Der junge Heinemann verstand die Zeichen der Zeit, und er fand den Weg zur kämpfenden Arbeiterschaft. Damals schwor er der roten Fahne des Sozialismus die Treue, und er

hat diesen Schwur bis an seines Lebens Ende gehalten. Nichts für sich wollte er — alles aber für seine Klasse, für die Arbeiterschaft. Freiheit, Demokratie, wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit. Dies wollte er schon als Spenglerlehrling — dafür setzte er sich mit aller Hingabe auch später ein.

Ihm blieb nichts erspart. Kaum ausgelernt, mußte er 1915 an die Front. In den Schützengräben der Kriegsschauplätze erlebte er das Grauen des Weltkrieges, und so wurde aus ihm ein Hassler der Gewalt und des Krieges.

Nach dem Krieg kam er zur Volkswehr und später wurde er in Ottakring Bezirksführer des Schutzbundes. Noch vor dem 12. Februar 1934 wurde er mit den anderen Bezirksführern des Schutzbundes in Haft gesetzt und im Schutz-bundprozeß 1935 zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt.

Seinen Posten bei den Wiener Wasserwerken hat er natürlich auch verloren. Durch die Weihnachtsamnestie 1935 wurde er aus dem Zuchthaus Stein entlassen. Nach der Entlassung aus dem Zuchthaus Stein suchte er sofort die Verbindung mit der illegalen Bewegung der Revolutionären Sozialisten. „Wir kommen wieder“ war unsere Losung; Ludwig Heinemann hat dafür wieder den Kampf aufgenommen.

Unter Hitler nach Ausbruch des zweiten Weltkrieges als wehrunwürdig erklärt, mußte unser Genosse Heinemann zuletzt doch zum Volkssturm einrücken, und er geriet dadurch noch am Kriegsende in amerikanische Kriegsgefangenschaft.

1946 zurückgekommen, stellte er sich sofort der Bewegung zur Verfügung, um mitaufzubauen, was zerstört war. Bis zu seinem letzten Atemzug hat er der Partei seine Kraft geschenkt und uneigennützig, ein echter Sozialist, als Kämpfer für Freiheit und Recht gelebt und gewirkt.

Der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus hat in ihm einen guten Mitarbeiter verloren, die Arbeiterschaft einen ehrlichen Freund und vorbildlichen Sozialisten.

Unser Genosse Heinemann war Mitglied des Bundesvorstandes, bei den Sitzungen wird sein Platz leer bleiben, für immer aber bleiben wir ihm in Freundschaft und Dank verbunden!

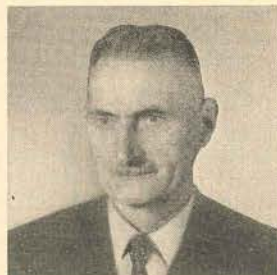
Wir werden ihn niemals vergessen!

Floridsdorf

Marie Rosenbaum †. Im Monat August 1958 verstarb unser treues Mitglied Genossin Marie Rosenbaum; wir werden ihr ein ehrendes Angedenken bewahren.

*

Adolf Gux †. Wieder hat der Allbezwinger Tod eine große Lücke in unsere Reihen gerissen und einen unserer besten Vertrauensmänner, den Genossen Adolf Gux, von uns genommen. Er war Mitbegründer unserer Bezirksgruppe und gehörte dem Bezirksausschuß als Delegierter der Orte Langenzersdorf, Bisamberg und Korneuburg an. Er war unser Verbindungsmann zwischen Staat und Land. Genosse Gux war einer derjenigen, die bei keinem Anlaß fehlten, wenn die Freiheitskämpfer zu irgendwelcher Veranstaltung, Aufmärschen, Begehrnissen und Delegationen zur Landes- oder Bundeshauptversammlung aufriefen. Er kannte die Geschichte des Sozialismus wie wenige: Marx, Engels, Trotzki und Lenin waren Vorbilder. Victor Adler, Karl Renner, Karl Seitz waren seine Lieblinge. Er war ein Kenner der Geschichte der österreichischen Arbeiterschaft und ein Kämpfer für Partei und Gewerkschaft. Genosse Gux war der Fahnenführer der Floridsdorfer Bezirksgruppe, es war sein Stolz, die Bezirksfahne tragen zu dürfen; besonders beim Aufmarsch am 1. Mai an der Spitze unseres Zuges und bei allen anderen Anlässen. Ein Mann von echtem Schrot und Korn.



Am Donnerstag, dem 20. November 1958, verstarb Genosse Adolf Gux nach einer schweren Operation und wurde am Mittwoch, dem 26. November 1958, um 15.30 Uhr auf dem Bisamberger Friedhof begraben. Unter zahlreicher Beteiligung seiner Freunde und der Freiheitskämpfer der Bezirksgruppe Floridsdorf, mit ihrer Fahne voran, die er selbst so oft getragen hatte und die ihn nun auf seinem letzten Weg begleitete, wurde er zu Grabe getragen. Die Parteiorganisation Floridsdorf war durch Gemeinderat Genossen Kohl, den Bezirksobmann Genossen Hietzinger und den Sekretär Genossen Hertel, die Eisenbahn-pensionisten durch Genossen Hollas vertreten. Am Grab des Genossen Adolf Gux wurde als Symbol des Gedenkens ein Kranz niedergelegt, die Fahne senkte sich tief über das Grab, und Genossin Rosa Jochmann als Obmann des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus hielt einen tiefempfundenen Nachruf. Sie sagte, Genosse Gux war ein Genosse, der keinen Moment zögerte, wenn es galt, die Interessen der arbeitenden Menschen zu verteidigen. Im Jahre 1934 wurde er als Eisenbahner vom grünen Faschismus gemäßregelt und außer Dienst gestellt und später dann pensioniert. Mit dem kleinen Gehalt mußten er und seine Familie dann das Auskommen finden, was zu dieser Zeit sehr schwer war. Anderswo konnte er nicht unterkommen, weil er auf der „schwarzen Liste“ stand.

Am 6. November 1958 wurde er noch kurz vor seinem Tod durch die Gewerkschaft der Eisenbahner geehrt. Genosse Kopecky überbrachte ihm anlässlich seiner 50jährigen Zugehörigkeit zur Gewerkschaft eine Ehrennadel, worüber er sich sehr freute. Genosse Gux war auch Besitzer der goldenen Partei- und Gewerkschaftsabzeichen sowie des 50jährigen Mitgliedsabzeichens der Naturfreunde. Genossin Jochmann dankte ihm in ihrem Schlußwort für alles, was er für die Partei und Gewerkschaft sowie für die Freiheitskämpfer geleistet hatte, und schloß mit unserem Gruß: Freundschaft!

Wir werden unseren Freund und Kämpfer „Niemand vergessen“.

Nach Genossin Rosa Jochmann sprach noch Genosse Scheidl von der Lokalorganisation Bisamberg. Er schilderte Genossen Gux wie er war, als verlässlichen und immer bereiten Parteigenossen und Kämpfer für die gerechte Sache der Arbeiter. Als letzten Gruß der Lokalorganisation warf er einen Strauß roter Nelken in das Grab und schloß mit dem Gruß: Freundschaft!

Aus den Landesorganisationen

Niederösterreich

Das Opferfürsorgeabgabengesetz. Das Opferfürsorgeabgabengesetz ist vom niederösterreichischen Landtag in seiner Sitzung vom 23. Mai 1957 seinerzeit um zweieinhalb Jahre bis zum 31. Dezember 1959 verlängert worden.

Nach den bisherigen Erfahrungen kann trotz der Herabsetzung des Prozentsatzes mit einem Ergebnis von etwa zweieinhalb Millionen Schilling im Jahr gerechnet werden, welcher Betrag im Verhältnis $3\frac{1}{2} : 1\frac{1}{2}$ den Kriegsoffern und Opfern des Faschismus zufließt.

Entsprechend diesem Gesetz haben die Mitglieder des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus auch weiterhin die Möglichkeit, durch Anträge bei der niederösterreichischen Landesregierung (Fürsorgereferat), Wien I, Wallnerstraße 3, zu ihren Opferrenten fallweise zusätzliche Unterstützungen zu erlangen.

*

Mödling. Hermann Buchinger †. Im Alter von 67 Jahren ist in der Nacht zum 12. Oktober 1958 im Mödliner Krankenhaus Genosse Hermann Buchinger gestorben. Buchinger, der nach seinen Lehrjahren als Metallschleifer 1909 der Gewerkschaft und ein Jahr später der Sozialdemokratischen Partei beitrug, war bis zum Jahre 1934 als Vertrauensmann der Arbeiterbewegung tätig. 1945 wurde er zum Obmann der Sozialistischen Bezirksorganisation Mödling und als Abgeordneter in den niederösterreichischen Landtag gewählt. Vom Jahre 1955 bis 1958 im Frühjahr wirkte er im Mödliner Gemeinderat als Stadtrat für das Wirtschaftswesen. Die Partei hat seine rastlose Arbeit mit der Überreichung der Victor-Adler-Plakette gewürdigt.

*

Gmünd. Jahreshauptversammlung. Am 25. Oktober 1958 fand im Arbeiterheim Schrems die Jahreshauptversammlung der Bezirksgruppe Gmünd unseres Bundes statt.

Bezirksobmann Genosse Lesjak begrüßte die Erschienenen, besonders den Referenten Nationalrat Genossen Rudolf Appel, den Bezirksobmann der SPÖ Genossen Haas, den Lokalobmann von Schrems Genossen Kernstock und die Abgeordnete des Gmünder Bezirkes Genossin Körner.

Vor Eingang in die Tagesordnung wurde der verstorbenen Mitglieder Alois Süß, Marie Tauber und Leopold Zellhofer gedacht, welche aktiv an den Februarkämpfen des Jahres 1934 beteiligt waren.

Genosse Lesjak berichtete über die Tätigkeit im letzten Jahr. Er begrüßte es, daß nun im Rahmen des Landesverbandes eine stärkere Aktivität entfaltet werden soll und eine engere Verbindung zu den Bezirksgruppen besteht.

Genosse Appel sprach über die derzeitige politische und wirtschaftliche Situation in Österreich. Weiter befaßte er sich mit dem Budget für 1959 und verwies mit besonderem Nachdruck auf den Raab-Kamitz-Kurs, welcher durch eine Schuldenwirtschaft, die im Budget ihren Niederschlag findet, in eine Sackgasse geraten ist und eine wirtschaftliche Gefahr für Österreich in sich birgt. Weiter verwies er auf die noch unerledigten Forderungen der Opfer politischer Verfolgung aus der Zeit 1934 bis 1945 und unterstrich die Notwendigkeit der ins Auge gefaßten 12. Novelle zum Opferfürsorgegesetz. Besonders hervorzuheben ist — so führte der Redner aus — die Tatsache, daß durch das Opferfürsorgeabgabengesetz in Niederösterreich die Möglichkeit besteht, den Opfern politischer Verfolgung durch außerordentliche Unterstützungen und zinsenlose Kreditgewährung aus den Mitteln der Opferfürsorgeabgabe wirtschaftliche Hilfe zu gewähren.

Den Vertretern des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus ist es gelungen, durchzusetzen, daß den Kindern von Opfern politischer Verfolgung im Bundesland Niederösterreich zweimal im Jahr eine Ausbildungsbeihilfe von je 500 S gewährt wird.

Mit dem Hinweis, daß der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus keine Massenorganisation sein kann, ermahnte er die Anwesenden, nicht zu vergessen, daß die Opfer des politischen Freiheitskampfes in Österreich das mahnende Gewissen des österreichischen Volkes sind.

Im Anschluß an die Ausführung des Referenten fand eine rege Diskussion statt, an der sich die Genossinnen und Genossen Heller, Redl, Preisinger, Körner, Bernhard, Spar, Krupik und Seiler beteiligten.

Bei der Neuwahl des Bezirksgruppenausschusses wurden folgende Genossen gewählt:

1. Obmann: Genosse Karl Heller (Schrems).
2. Obmann: Genosse Leo Lesjak (Gmünd).
- Kassier: Genosse Otto Redl (Schrems).
- Schriftführerin: Genossin Anni Körner (Gmünd).
- Kontrolle: Die Genossen Franz Macho (Altnagelberg) und Karl Gart (Schrems).
- Beisitzerin: Genossin Marie Zeiler (Schrems).

Oberösterreich

Goldmedaille überreicht. Am Vormittag des 10. November fanden sich im Linzer Rathaus die Mitglieder des Präsidiums des Bundesverbandes der Israelitischen Kultusgemeinde Österreichs, an der Spitze Präsident Dr. Emil Maurer, ein, um Bürgermeister Dr. Koref die ihm verliehene Goldmedaille zu überreichen.

Präsident Dr. Maurer würdigte in einer kurzen Ansprache die Verdienste, die sich Bürgermeister Dr. Koref seit jeher im Kampfe um Gerechtigkeit und Menschlichkeit erworben hat, und hob hiebei insbesondere dessen Arbeit in den internationalen Organisationen hervor. Nach der Verlesung des Wortlautes der Verleihungsurkunde überreichte Doktor Maurer dem Bürgermeister die Goldmedaille.

Bürgermeister Dr. Koref dankte sichtlich bewegt für die ihm zuteil gewordene Ehrung und betonte, daß er sich in seinen Handlungen stets vom Gefühl der Menschlichkeit und

Humanität leiten lasse. „Wo es um die Menschlichkeit geht“, sagte Bürgermeister Dr. Koref, „gibt es keine Kompromisse und kein Leisetreten.“

Nach der Übergabe der Medaille blieb die Delegation des Bundesverbandes mit Bürgermeister Dr. Koref und den beiden Vizebürgermeistern, die dem feierlichen Akt beigewohnt hatten, in angeregtem Gespräch beisammen. Es wurden insbesondere Erinnerungen aus der Zeit der Verfolgung ausgetauscht.

Salzburg

Jahreshauptversammlung. Die Jahreshauptversammlung der Landesorganisation Salzburg fand am 5. Oktober 1958 in Salzburg statt. Genosse Putz eröffnete die Versammlung und gedachte der in der abgelaufenen Funktionsperiode aus unseren Reihen durch Ableben ausgeschiedenen Genossen und sagte, wir werden diesen Genossen, die für eine Sache gekämpft haben, deren Sinn und Zweck viele noch nicht erkannt haben oder nicht erkennen wollen, stets ein ehrendes Andenken bewahren.

In einem ausführlich detaillierten Bericht schilderte der Vorsitzende die Arbeit des Ausschusses im abgelaufenen Berichtsjahr und kam auch in diesem Zusammenhang auf alle Probleme und Schwierigkeiten zu sprechen, denen sich die Mitglieder des Bundes in ihrem täglichen Leben gegenübersehen. Wir, die redlich Gesundheit, Leben und Freiheit im Kampf für eine bessere Zukunft eingesetzt hätten, könnten nur dann unseren gerechten Forderungen zum Durchbruch verhelfen, wenn sich unsere Partei dieser Forderungen im Parlament annimmt.

Nicht unerwähnt blieben die Vorkommnisse, die sich speziell in Salzburg abgespielt hatten; dazu gehörten das Treffen der Glasenbacher, die Subvention des Treffens der „Sozial-organischen Ordnungsbewegung Europas“ (Sorbe), bei der es sich um eine ausgesprochen neonazistische Bewegung handelte. Solange unsere Partei gegen derartige, direkt in Widerspruch zur Demokratie stehende Vorkommnisse nicht einschreitet, solange sie diesen Dingen, die gegen unsere Auffassungen gerichtet sind, nicht die Unterstützung versagt, können auch wir mit unseren ungenügenden Kräften solche unliebsame Ereignisse kaum abwenden.

Wir sind grundsätzlich mit der Terminologie „Toleranz“ sehr verbunden, doch darf Entgegenkommen nicht mit Schwäche verwechselt werden.

Eine allzu große Aufgeschlossenheit unseren politischen Gegnern gegenüber lichtet nur die eigenen Reihen und stärkt die der Gegner.

Genosse Robert Blau überbrachte die Grüße des Bundesverbandes. Er kam in seinem Referat auf die Entschädigungsgesetze zu sprechen, da das Kriegsschaden-, das Besatzungsschaden- und das Heimkehrerentschädigungsgesetz in nächster Zeit dem Parlament zur Behandlung weitergeleitet werden sollen.

Der Referent sprach über das zu schaffende Wiedergutmachungsgesetz.

Er ging auch auf die Glasenbacher Heimkehrertreffen ein. In solchen Dingen stand Meinung gegen Meinung. Ein Teil der Genossen sagte, man möchte diese Leute, um sie unter Kontrolle halten zu können, gewähren lassen, ein anderer erinnerte mit Berechtigung an die Zeiten vor 1934 und verwies darauf, wo wir mit dem Gewährenlassen landeten. Eine lebhafte Debatte knüpfte sich an das Referat an.

Nachfolgende Kollegen wurden bei der Neuwahl einstimmig wiedergewählt:

1. Obmann: Genosse Ferdinand Putz (Salzburg).
2. Obmann: Genosse Josef Cerny (Salzburg).
- Schriftführer: Genosse Josef Holzinger (Salzburg).
1. Kassier: Genosse Anton Neudorfer (Salzburg).
2. Kassier: Genosse Otto Blattnik (Salzburg).
- Kontrolle: Die Genossen Otto Seifried (Salzburg) und Franz Fritzenwanker (Saalfelden).
- Beisitzer: Die Genossin Maria Emhart (Bischofshofen) und die Genossen Franz Planer (Salzburg) und Johann Brenneis (Salzburg).
- Bezirksvertrauensleute:
 - Pinggau: Genosse Franz Fritzenwanker (Saalfelden).
 - Pongau: Genosse Karl Rauter (Schwarzach).
 - Tennengau: Genosse Albert Mitsche (Hallein).
 - Gasteiner Tal: Genosse Roman Wauk (Böckstein).
- N. S.: Wir haben mit Befriedigung festgestellt, daß nun die Ordnungsbewegung (Sorbe) aufgelöst worden ist.

ARBEITERBANK

AKTIENGESSELLSCHAFT WIEN

Prompte und gediegene Durchführung aller bankmäßigen Geschäfte :: Entgegennahme von Spareinlagen gegen Verzinsung :: Finanzielle Beratung

Wien I, Seitzergasse 2-4

Telephon: 63 17 51 Serie

Zweigstelle Wienzeile: Wien IV, Rechte Wienzeile 37

Telephon 43 71 02

Filialen:

Graz: Annenstraße 24, Telephon 3363, 7559

Lin: Weingartshofstraße 3, Telephon 27 8 78

Klagenfurt: Bahnhofstraße 44, Telephon 4822

P. b. b.

Wenn verzogen, bitte nachsenden oder zurück

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unbestellbar zurückgeschickt werden müssen.

Wer spart, hat mehr vom Leben...



mit einem Sparkassenbuch von der

**ZENTRALSPARKASSE
DER GEMEINDE WIEN**

34 ZWEIFACH ANSTALTEN

Redaktionsschluß für die nächste Nummer: 24. März 1959

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: August Jarosik. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Friedrich Flußmann. Alle Wien I, Löwelstraße Nr. 18. Tel. 33 96 31. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“, Wien V, Rechte Wienzeile 97.

Sprechstunden

in unseren Wiener Bezirksgruppen

1. Werdertorgasse 9 Mi. 17 bis 18 Uhr
2. Praterstraße 25 a Jeden 1. Di. im Monat, Praterstern 1
3. Landstraßer Hauptstraße 41 .. Fr. 18 bis 20 Uhr
4. Wiedner Hauptstraße 60 b Mo. 18 bis 19 Uhr
5. Kohlgasse 27 Mi. 18 bis 19 Uhr
6. Otto-Bauer-Gasse 9 Do. 19 bis 20 Uhr
7. Neubaugasse 25 Jeden 1. Mi. im Monat, 18 bis 19 Uhr
8. Josefstädter Straße 39 Do. 17 bis 18 Uhr
9. Dreihackengasse 7 Mi. 17 bis 19 Uhr
10. Laxenburger Straße 8/10, I. .. Di. 17 bis 19 Uhr
11. Simmeringer Hauptstraße 80 .. Jeden 2. u. 4. Mo. 18 bis 19 Uhr
12. Ruckergasse 40 Mi. 18 bis 19 Uhr
13. Hietzinger Hauptstraße 22 Jeden 1. u. 3. Di. im Monat, 18 bis 19 Uhr
14. Linzer Straße 297 Fr. 17 bis 19 Uhr
15. Hackengasse 13 Jeden 1. Mi. im Monat, 17 bis 19 Uhr
16. Liebhartschasse 56 Do. 17 bis 19 Uhr
16. Zagorskigasse 6 Do. 17.30 bis 19 Uhr
17. Kalvarienberggasse 28 a, II/26
Beitragsentrichtung und Auskünfte jederzeit
18. Gentzgasse 62 Fr. 18 bis 20 Uhr
19. Billrothstraße 48 Di. 17 bis 19 Uhr
20. Raffaelgasse 11 Do. 18.30 bis 20 Uhr
21. Prager Straße 9, 1. Stock Mo. 17 bis 19 Uhr
22. Donaufelder Straße 259 Mo. 18 bis 19 Uhr
23. Liesing, Breitenfurter Straße 2 Jeden 1. u. 3. Mo. 18 bis 19 Uhr

in unseren Fachgruppen

- Polizei:
9. Berggasse 41 Jeden 1. Do.
Parterre (Hausverwaltung) ... 14 bis 16 Uhr

in unseren Landesverbänden

Niederösterreich:

- Mödling, Gewerkschaftsheim,
Wiener Straße 2 Jeden Mo. u. Sa.,
8.30 bis 11.30 Uhr
- St. Pölten, Bezirksleitung,
St. Pölten, Prandauerstraße 4 .. Sa. 9 bis 12 Uhr

Burgenland:

- Eisenstadt, Bezirkssekretariat
der SPÖ, Hauptstraße 5 Tägl. 9 bis 12 Uhr

Kärnten:

- Klagenfurt, Kammerbücherei
der Arbeiterkammer, Bahnhof-
straße 42, bei Genossin Lona
Sablatnig und Genossen Eduard
Goritschnig Tägl. außer Sa.
10 bis 12 Uhr

Oberösterreich:

- Linz, Landstraße 36, II. Stock
Zimmer 24 Tägl. (außer Sa.),
9 bis 12 Uhr
- Steyr, Damberggasse 2 Jeden 1. u. 3. Sa.
im Monat, 10 bis 11 Uhr

Salzburg:

- Sprechstunden entfallen bis auf
weiteres.

Steiermark:

- Graz, Südtiroler Platz 13,
Zimmer 17 Mi. 17 bis 19 Uhr
- Bruck a. d. Mur, Arbeiterheim,
Kirchplatz 5

Tirol:

- Innsbruck, Müllerstraße 30/I, Bitte vorher tele-
phonisch anfragen: Nr. 7 11 12.